

Der Kommentator

JUSOS - Wohin?

Der diesjährige Bundeskongreß der Jungsozialisten in Karlsruhe machte deutlich, daß der bisherige Juso-Bundesvorstand in den letzten zwei Jahren nicht fähig war, Entwicklungen in der Gesellschaft richtig einzuschätzen und den Verband entsprechend zu orientieren. Seit 1986 hat es viel Bewegung in der Jugend gegeben. Viele junge Leute, die ihre politischen Erfahrungen nur in Zeiten der Angriffe und des Sozialabbaus unter der Kohl-Regierung bekommen haben, wehrten sich gegen die bestehenden Zustände. Einen Höhepunkt erreichte die Bewegung mit den Protesten Hunderttausender Schüler gegen die Abi-Deform im Frühjahr/Sommer 1987. Für den Juso-Bundesvorstand kam dieser Kampf völlig überraschend, weil er nach der für die SPD verlorengegangenen Bundestagswahl im Januar 1987 von einer Rechtswende in der Jugend ausging. In Publikationen wimmelte es nur so von Sätzen wie: „Der Konservatismus fällt bei einem Großteil der Jugendlichen auf fruchtbaren Boden“, an den Schulen mache sich „Streberum und Karrieredenken breit“.

Die ganze Sichtweise des Bundesvorstandes war immer pessimistisch und ohne Vertrauen in die Arbeiterklasse. Selbst als der großartige Kampf der Rheinhausener Kollegen um den Erhalt ihrer Hütte auf dem Höhepunkt war, sah er es nicht für notwendig an, den ganzen Verband auf diesen Kampf hin zu orientieren.

Diese Fehlorientierung in Theorie und Praxis ist letzten Endes die Hauptursache dafür, daß in den letzten Jahren die Aktivistenzahl drastisch zurückgegangen ist. Leider geben die meisten führenden Genossen immer noch eher den Jugendlichen die „Schulld“ an dieser Entwicklung. Kluge Professoren geben ihnen „recht“ dabei: Prof. Dr. Martin Baethge betonte im Hauptreferat auf dem Bundeskongreß, daß für viele Jugendliche auf Grundlage eines ausreichenden Lebensstandards individuelle Bedürfnisse wichtiger seien als kollektives Handeln. Auch wenn sich so manches Bundesvorstandsmitglied bestätigt sah, stimmt es damit noch lange nicht. Denn erstens ist die Unstärkerheit im Beruf größer geworden, viele Jugendliche, z.B. die Schüler, mühten Kitzungen über sich ergehen lassen, und zweitens hat es eine Zunahme an organisiertem, kollektivem Kampf gegeben. Nur, die Jusos haben daraus kaum etwas gewonnen.

Wie auf den vorherigen war auch auf diesem Bundeskongreß von der „schädlichen Fraktioniererei“ die Rede. Doch wenn auf dem Bundeskongreß auch wegen der Personalquerelen die politischen Diskussionen in den Hintergrund treten, so haben Strömungen im Verband doch eine politische Grundlag. Die „Reformsozialisten“ („Refos“, oder „Undogmatische“) haben - abgesehen von dem Jahr 1977, als sie nicht die Mehrheit im Verband hatten - seit Mitte der 70er Jahre bis 1986 den Verband heruntergewirtschaftet, auch wenn sie den „Hannoveraner Kreis“ und die „Südschwere“ für deren Versagen seit 1986 angegriffen.

Die „Refos“ vertrauen auf die Reformierbarkeit des Kapitalismus, gaben früher keine Antwort auf die SPD-Politik des Krisenmanagements unter Schmidt und setzten mehr Hoffnungen in die Grünen als in den eigenen Verband, was zur Lähmung der Jusos führte.

Der „Hannoveraner Kreis“ (HK, auch „Stamokaps“ genannt) wurde und wird zum großen Teil als linke Alternative zu den Reformsozialisten angesehen. Doch die HK-Strömung hat selbst schon einen gewaltigen politischen Rechtsruck vollzogen. In ihren Papieren wird die Illusion in einen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung in den 90er Jahren geschürt. Auf dieser Basis treten sie lediglich für ein „Reformprojekt mittlerer Reichweite“ ein unter Verzicht auf die Perspektive des Sturzes des Kapitalismus. In den von führenden HK-Vertretern mitgeschriebenen Wirtschaftsamtträgen zum Bundeskongreß wird den Kapitalisten ein besseres Management des Kapitalismus empfohlen.

Beide großen Fraktionen setzen immer mehr auf Markt oder kapitalistischen Staat, wo das System immer deutlicher seine Unfähigkeit zeigt, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und im Interesse aller einzusetzen. Die Unfähigkeit beider großen Strömungen führt in einigen Städten dazu, daß in Opposition zu ihnen sogar junge, rechte Sozialdemokraten auftauchen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den großen Strömungen auf dem Bundeskongreß waren genauso geprägt von Personalbekämpfung und Schlägen unter der Gürtellinie wie in den vergangenen Jahren. Daß die Mehrheit der Delegierten Frauen waren, änderte nichts daran und bewies, daß formale Beschlüsse wie Quotierung keine Garantien für ernsthaftes inhaltliches Herangehen an die Frauen- und andere Fragen sind. Auf dem Bundeskongreß wurde wie schon 1986 eine grundsätzliche Debatte über die Quotierung und Alternativen dazu unterbunden. Denn viele vor allem jüngere Frauen bei den Jusos sind sehr skeptisch gegenüber der offiziellen Juso-Frauenpolitik. Sie wollen die Probleme der Frauen politisch diskutieren und über gezielte Aktionen Mädchen bei den Jusos organisieren, sich aber nicht von den Männern isolieren.

Der Kongreß stand unter dem Motto: „Der Jugend eine Zukunft“. Doch die Debatte über die jugendpolitische Orientierung fiel den Personal-Auseinandersetzungen zum Opfer und wurde nicht behandelt. Es wurde so nicht darüber diskutiert, wie sich der Verband eine stärkere Basis vor allem bei jüngeren Arbeitern verschaffen kann.

In den nächsten Jahren werden wir wirtschaftliche und gesellschaftliche Erschütterungen sehen, die noch mehr Jugendliche zum kämpfen zwingen. Die führenden Genossen im Juso-Verband müssen aus der Schlachtrichtung und Rheinhausen lernen und eine Umorientierung in Theorie und Praxis vollziehen. Aber nach diesem Bundeskongreß ist zu befürchten, daß sie im alten Trott weitermachen: Deshalb brauchen die Jusos eine Stärkung der Marxisten um VORAN.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

FDP - Kleine Partei des Großen Geldes

Bei den Wahlen in Baden-Württemberg, ihrem einstigen „Stammland“, hatte die FDP das schlechteste Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte. In Schweswig-Holstein ist sie wieder einmal deutlich an der 5%-Hürde gescheitert. Dies sind wohl die größten Niederlagen für die Partei in ihrer jüngsten Geschichte. Umso mehr heißt jetzt die Parole für die FDP, durch mehr „Profil“ verstärkt auf sich aufmerksam zu machen. So erklären sich auch die kritischen Äußerungen zu den Spannungen innerhalb der Bonner Drei-Parteien-Koalition.

Der Parteivorsitzende Bangemann hat sich endgültig entschlossen, ab 1. Januar 1989 in die EG-Kommission abzuwandern. Daß Kohl den bisherigen Präsidenten Delors im Amt belassen will (statt Bangemann), spricht nicht gerade für das gute Verhältnis zwischen den Partnern. Bangemanns Entschluß, auch einen „einfachen“ Kommissionsposten in Brüssel nicht anzuschlagen, spricht dafür, daß ihm der neue Job in der EG-Kommission für seine persönliche Karriere sicherer zu sein scheint als die Doppelfunktion in Bonn.

Inzwischen ist der Streit um den Parteivorsitz zwischen Lambsdorff und Adam-Schwaetzer voll entbrannt.

Nur kleine Unterschiede

Während dieser Kampf in der bürgerlichen Öffentlichkeit oft als Konflikt zwischen dem „wirtschaftsliberalen“ Grafen und der jüngeren und fortschrittlicheren Dame dargestellt wird, sollten wir uns keinen Illusionen hingeben: Die Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten sind zur zweiten rangig, auch Frau Adam-Schwaetzer

Bergbau-Katastrophe in Borken Sicherheit statt Profit!

Die Katastrophe im Braunkohlebergwerk Borken ist eines der schwersten Grundunglücke der Geschichte der BRD. 51 Bergleute wurden getötet, mehrere wurden z.T. schwer verletzt. Vertreter der Betreiberfirma Praußen Elektra AG (PREAG) wollen das Unglück als tragischen Unfall, gewissermaßen als Folge höherer Gewalt darstellen. Ein letztes „Restrisiko“ sei im Leben nun einmal für niemanden von uns auszuschließen. Dabei war zu diesem Zeitpunkt die Ursache der Katastrophe noch völlig unbekannt. Sind derartige Unglücke, dieses „Restrisiko“ tatsächlich unvermeidlich?

Über die Katastrophe in Borken weiß man inzwischen, daß es dort eine Braunkohlestaubexplosion gegeben hat. Was aber den Kohlestaub zur Explosion gebracht hat, ist noch nicht geklärt. Eine Möglichkeit ist die Explosion von Methanagas, das sich in der Grube angesammelt haben könnte und durch offenes Feuer oder Funkenschlag entzündet wurde.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, werden im Steinkohlebergbau die Staubkonzentration und die Methan-gaskonzentration in der Grubnluft ständig gemessen. Anders in der Braunkohlegrube Stolzenfels: Vertreter der PREAG gaben zu, daß die Staubkonzentration nur durch Beobachtungen der Bergleute registriert wurde, da man davon ausging, daß aufgrund der Feuchtigkeit der geförderten Braunkohle keine Kohlenstaubexplosion zu befürchten war.

Ein Vertreter der PREAG sagte in einem Fernsehinterview, auch die Methan-gaskonzentration sei nie gemessen worden, weil man einfach annahm, es sei kein Gas vorhanden. Im übrigen hätten die Bergleute evtl. doch vorhandenes Methanagas mit der Nase riechen können. Was er nicht sagte: Methanagas ist völlig geruchlos!

Auch andere Sicherheitsvorkehrungen, die im Steinkohlebergbau üblich sind, gab es z.T. in der Grube Stolzenfels nicht. Angehörige der Rettungsmannschaft erklärten, in der Grube sähe es aus, „wie in einem Museum“. Die PREAG plante, die Grube 1993 zu schließen, weil danach der Braunkohleabbau nicht mehr profitabel erschien.

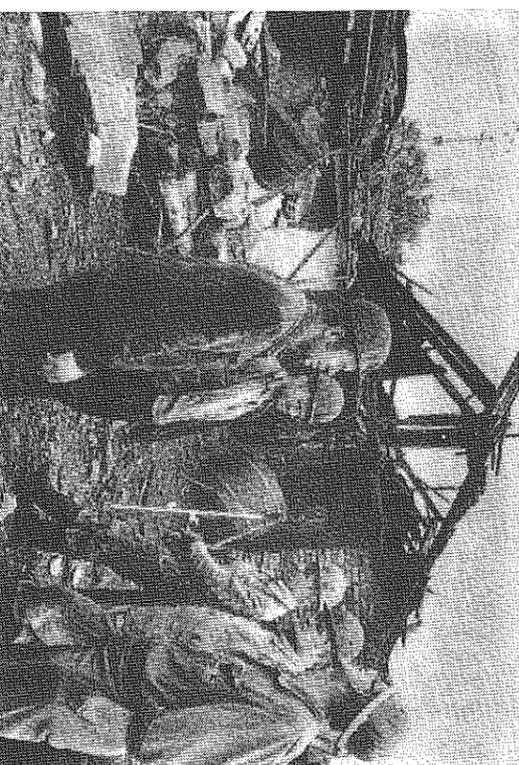
All dies zeigt, daß vermutlich an allen Ecken und Enden, auch bei den Sicherheitsvorkehrungen, gespart wurde. Aber auch die Sicherheitsricht-

hat als FDP-Generalsekretärin und Regierungsmitglied seit der „Wende“ die Politik der Kohl-Regierung voll mitgetragen.

Die FDP ist und bleibt die kleine Partei des großen Kapitals. Wenn es um den Streikparagrafen 116, das Betriebsverfassungsgesetz oder die Senkung der Unternehmenssteuerung geht, ist sie stets an vorderster Front. Nur bei für das Kapital zweitrangigen Fragen wie Strafgesetze oder Abtreibung präsentiert sich die FDP als Hüterin der „Freiheitsrechte des Einzelnen“.

Wenn in letzter Zeit immer stärker von FDP-Politikern auf CDU und CSU geschossen und teilweise sogar die bürgerliche Koalition in Frage gestellt wird, dann drückt dies aus, wie verunsichert die Interessenvertreter des Kapitals über ihre Zukunft und die ihrer Klasse geworden sind. Aber was wäre die Alternative für die FDP? An einer Koalition mit der SPD kann ihr momentan nicht gelegen sein. Die FDP hat doch vor mehr als fünf Jahren die „Wende“ vollzogen, um verschärften Sozialabbau ohne Rücksicht

tungen, die heute in anderen Teilen des Bergbaus und der Industrie vorhanden sind, haben wir nicht der Güte der Kapitalbesitzer zu verdanken,



Die Katastrophe von Borken hätte verhindert werden können, wenn die Sicherheitsbestimmungen eingehalten worden wären.

sondern allein dem gewerkschaftlichen Kampf der Beschäftigten.

Die Unternehmer suchen ständig nach Wegen, Sicherheitsvorkehrungen zu umgehen, auszuschalten oder verbesserte Arbeitsschutzbestimmungen und deren Kontrolle zu verhindern, da sie ihren Profit schmälern würden. Die schönsten Gesetze nützen wenig, wenn die Unternehmen ihre wirtschaftliche Macht einsetzen und drohen: „Entweder die Behörden drücken beide Augen bei der Anwendung und Kontrolle der Sicherheitsvorschriften zu, oder wir entlassen Arbeiter.“

Konkurrenzkampf gefährdet Sicherheit

Der sich verschärfende Konkurrenzkampf wird sogar dazu führen, daß die Sicherheit am Arbeitsplatz weiter abnimmt und sich größere Unglücke noch häufiger ereignen werden, wenn die Gewerkschaften nicht entschlossenen Widerstand leisten.

Die heute vorhandenen Sicherheits-einrichtungen entsprechen bei weitem nicht dem Stand der Technik. Bei ungehinderter Einsatz modernster Technik ließe sich das Risiko bei den

meisten Arbeiten wesentlich verringern. Viele gefährliche Arbeiten könnten durch Maschinen ausgeführt werden. Dazu müßte die Technik aller-

unter bürgerlichen Politikern Koalitionspartner von morgen zu suchen, sollten unsere führenden Genossen die bürgerliche, kapitalfreundliche Politik bekämpfen und auf eine Alternative mit sozialistischem Programm setzen. Schweswig-Holstein zeigt, daß erdrutschartige Wahlsiege für die SPD wieder möglich sind. Anbiederung an bürgerliche Koalitionspartner hat in der Vergangenheit nur Enttäuschung bei den Arbeitern und Wahlminderlagen gebracht.

Monika Stark, Stuttgart
Jungsozialistin

dings nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung und nicht nach den Profitinteressen der Kapitalisten eingesetzt werden.

Bevor nun darüber spekuliert wird, ob denn nicht auch bei Anwendung der besten Sicherheitsvorkehrungen noch etwas passieren könnte, sollten diese Vorkehrungen erst einmal überall getroffen werden. SPD und Gewerkschaften sollen dieses Unglück zum Anlaß nehmen, um eine Offensive für die Überführung der großen Industriebetriebe in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten zu starten. (Die Preußen Elektra AG gehört zu 100% der VEB-A-AG, die früher eine starke Bundesbeteiligung hatte und seit dem Frühjahr 88 zu 100% privatisiert ist.)

Alle Sicherheitsvorschriften müssen durch die Gewerkschaften und Belegschaften selber kontrolliert werden. So liebe sich wirksam verhindern, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter immer wieder den Profitinteressen der Unternehmer geopfert werden.

Georg Kimmel, Aachen
Jungsozialist

Erdbeben, Überschwemmungen, Lawinen, Waldsterben...

Die Alpen - bald unbewohnbar?

Millionen Arbeiter und ihre Familien verbringen in diesen Wochen wieder ihren Jahresurlaub in den Alpen. Sie begeben sich damit in Lebensgefahr. Vor einem Jahr, im Juli 1987, ereignete sich im oberitalienischen Veltinal eine gewaltige Erdstürzkatastrophe. Ausgelöst durch starke Regenfälle kamen 40 Millionen Kubikmeter Schlamm und Gestein ins Rollen und begruben drei Dörfer unter sich. Dabei kamen 27 Menschen um. Ähnliche Katastrophen ereigneten sich im Ötztal und im Stubaital.

Vier Jahre zuvor wurden in Axams in Tirol große Teile einer Alpengemeinde meterhoch von Muren (Geröll- und Schlammlawinen) bedeckt. Im Sommer 1987 wurde in den französischen Alpen ein ganzer Campingplatz von einem hochwasserführenden Gebirgsbach praktisch weggespült. Dabei ertranken 23 Camper. Im letzten Winter war das obere Ischtal durch eine Lawinenkatastrophe abgeschnitten.

Solche Katastrophen haben seit Jahrzehnten ständig zugenommen, in besonders starkem Maße in den letzten 15 Jahren. 1949 weist die Statistik 34 Großschäden auf, 1974 bereits 83 und bis zum Jahr 1985 schnelle die Zahl auf 200 hoch.

Ski-Autobahnen

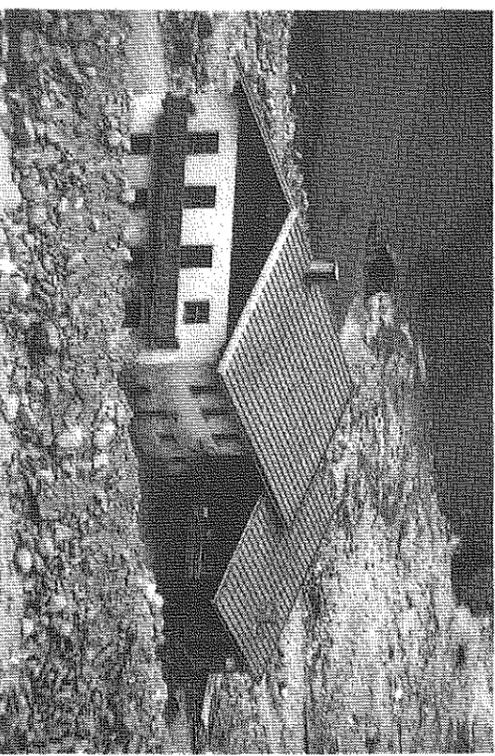
Wie kommt es zu solchen gigantischen, noch nie dagewesenen Katastrophen? Eine Ursache, die auf der Hand liegt, ist die Erschließung der Alpen für den Tourismus. Besonders verteeuert wirkt hier der Skitourismus. Durch das Anlegen von Skiplisten, die heute wahre eingeebnete Skiautobahnen sind, wird die ganze Landschaft zerstört. Man sollte sich einmal eine Skipiste im Sommer anschauen! Der Boden ist durch die Pistenzwalzen total verdichtet, die Grasnarbe ist schwer geschädigt, zum Teil losgerissen, jegliche Sträucher sind natürlich total abstrat. Die Folge ist, daß der Boden bei starken Regenfällen kaum Wasser aufnimmt, es fließt sofort ab, und dabei wird auch viel Boden abgespült.

40.000 solcher Pisten gibt es schon in den Alpen - mit einer Gesamtlänge von 120.000 km, also das 3fache des Erdumfangs. Aber das war der Tourismus-Industrie noch nicht genug. Anfang der 80er Jahre wurden sogenannte Sommerskigebiete erschlossen: In der bisher unberührten Region des ewigen Eises wurde mit gewalti-

gen Aufwand wie Sprengungen, Betonierung im großen Stil und Abtauen von Gletschern mit Tonnen von Salz Skipisten gebaut, auf denen man auch im Sommer Ski laufen kann. Übrigens war es auch gerade die Tourismusindustrie, die die Menschen in Gefährdungen an erdrutscher, lawinen- und hochwassergefährdeten Stellen gebaut wurden. Der Profit zählt mehr als das Gleichgewicht der Natur und somit Menschenleben.

Aber auch in Gebieten, die noch relativ unberührt sind, kommt es zu Erdbeben und Überschwemmungen. Hier ist die Ursache das Waldsterben in den Bergwäldern. Es erreicht ähnliche Ausmaße wie im Schwarzwald, doch im Hochgebirge sind die Folgen viel gefährlicher denn hier hat der Wald eine wichtige Schutzfunktion. Er hält den Boden fest und nimmt bei starken Regenfällen das Wasser zunächst einmal auf. Dadurch werden Erdbeben, Muren (Geröll- und Schlammlawinen) und Überschwemmungen verhindert. Ist der Wald krank oder gar schon abgestorben, nehmen diese Katastrophen dramatisch zu.

Im Winter erfüllt der Wald auch eine Lawenschutzfunktion. Die starken Bäume können nicht nur Lawinen aufhalten, sie verhindern auch ihre Entstehung, dadurch daß der Schnee vor allem auf den Bäumen liegen bleibt und erst gar nicht auf den Boden kommt. Es gibt Schätzungen, daß in den nächsten 20 Jahren auf



Dramatisch zugenommen haben die Erdbeben in den Alpen. Ganze Dörfer werden schon verschüttet.

Deutsche Bundesbahn Verschlechterung für Kunden und Personal

Vor allem in Bayern und Norddeutschland hat die DB ihre Politik der Streckenstilllegungen, die sie selbst als „Angebotsumstellung“ bezeichnet, fortgesetzt. Allein in diesem Sommerfahrplan wurden 98 km Strecke für den Personenverkehr geschlossen, mehr als 100 Bahnhöfe oder Haltepunkte sollten ebenfalls „aufgelassen“ (Originaton DB) werden - doch durch wachsenden Widerstand von einem großen Teil der Bevölkerung, von Kreis- und Kommunen ist es gelungen, einige Bahnhofsstelllungen der DB zu verhindern. Fraglich bleibt, ob die Stationen auf Dauer erhalten werden können.

Im Nahverkehr in ländlichen Regionen verfolgt die Bahn seit ca. 1986 das Projekt der „Regionalschnellbahn“, die - so die Bahn in ihrem Hochglanz-Prospekt „Bahn-Akzente“ - „als komfortabler Sprinter zwischen Städten und größeren Orten in den ländlichen Gebieten“ verkehren soll. Die Züge dieser „Regionalschnellbahn“ sind aber durchweg Elitzüge, d.h. die bisherigen Nahverkehrszughalte werden nicht mehr bedient - Bahnhofstilllegung durch die Hintertür.

Regionalschnellverkehr

Träger dieses Konzeptes sind die neuen Triebwagen der Baureihe 628 „im künftigen Nahverkehrs-Grün“, die so gebaut sind, daß Fahrgäste auch beim Fahrer einsteigen können. Der Grund: Der Lokführer kann den Reisenden Fahrkarten verkaufen, die diese dann - wie z.B. in der Straßenbahn - selbst erwerben. Auf einigen Strecken der „Regionalschnellbahn“ werden in den Zügen keine Schaffner mehr zu sehen sein. Der Verkehr wird für die DB also billiger, ob aber auch für die Reisenden besser, bleibt fraglich - Auskünfte erhält er in den schaffnerlosen Triebwagen keine mehr, denn der Fahrer hat kaum Zeit und Unterlagen genug, um sie erteilen zu können.

Das Konzept des „Regionalschnellverkehrs“ ist jedoch nur für Strecken

gedacht, die nicht als „Nebenbahnen“ bezeichnet werden können. Bei diesen geht die Ausdünnungspolitik wohl auch in den nächsten Jahren weiter. Oft müssen die Landkreise die Züge mitfinanzieren, damit die Bahn weitstens den Schullerverkehr auf der Schiene abwickelt. Die Attraktivität der Züge wird noch dadurch geschmälert, daß völlig veraltetes Wagenmaterial eingesetzt wird.

Überstunden

Große Mißstände herrschen aber nicht nur im Umgang der DB mit ihren Kunden, sondern auch im Verhältnis zu ihren Angestellten. Hier leiden die DB-„Mitarbeiter“ unter unerträglichen Arbeitsbedingungen. Dienst an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden, hohe Überstundenzahlen, unzumutbare Quartiere bei Auswärtsübernachtungen sind nur drei Beispiele für die miserablen Arbeitsbedingungen.

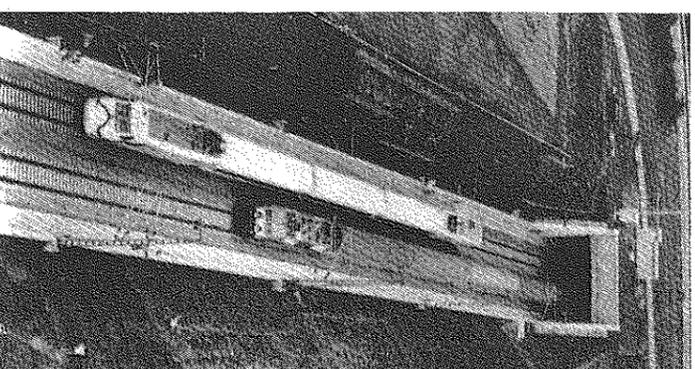
Gewisse Disziplinierungsmechanismen sorgen für eine erzwungene „Arbeitsmoral“, mittels sogenannter „Meldekarten“ können sich DB-Kollegen, z.B. Lokführer und Fahrdienstleiter gegenseitig denunzieren.

Die Chefetagen der Bundesbahn wahren auch immer mehr Distanz zu ihren Untergebenen, was zum Teil zu einer riesigen Disorganisations führt: Im Falle des Betriebswerks Kempten

(Allgäu) hatte man es nicht für nötig gehalten, den Lokführern mitzuteilen, wo die Fahrkarten erhältlich sind, die sie ab Sommerfahrplan - wie oben geschildert - in den 628er-Triebwagen verkaufen sollten.

Erste Auswirkungen der schlechten Arbeitsbedingungen sind bereits festzustellen: Ein hoher Krankenstand bei Bundesbahn-Angestellten ist zu registrieren. Ein Ende all dieser Mißstände ist wohl so lange nicht abzusehen, als sich DB-Angestellte und GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands) nicht nach italienischen und französischem Vorbild der klassischen Methoden der Arbeiterebewegung (Streiks) bedienen!

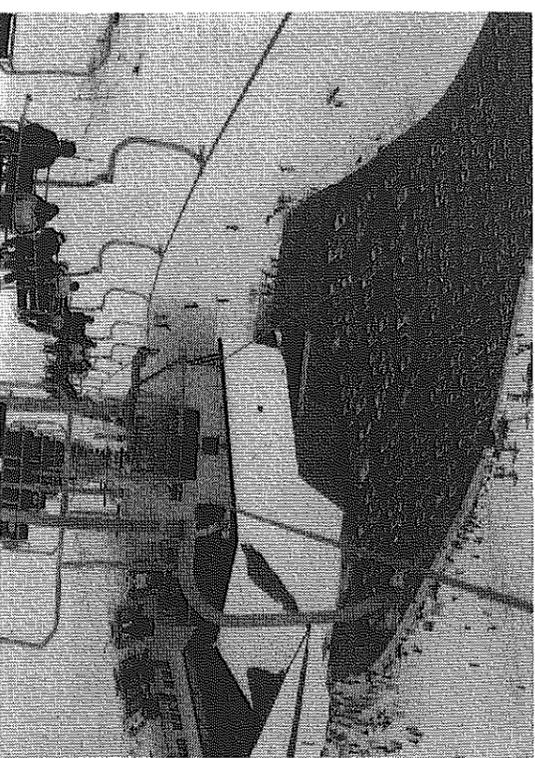
Christian Ruch, Freiburg
Jungsozialist



Inner schneller werden die Manager in die einzelnen Wirtschaftszentren befördert. Besonders die ländliche Bevölkerung bleibt dabei auf der Strecke.

einer Fläche von 5000 Hektar der Lawenschutz durch den Wald total wegfällt.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird es dazu führen, daß die Alpen praktisch unbewohnbar werden.



Besonders der Skitourismus hat katastrophale Veränderungen im ökologischen System verursacht.

Die Konsequenzen für Klima und Lebensbedingungen in ganz Europa wären unabsehbar.

Was tun?

Nur ein Sofortprogramm mit drastischen, wirksamen Maßnahmen kann noch Schlimmeres verhindern. Dazu gehören:

- Baustopp für Straßen, Bergbahnen und touristische Anlagen.
- Verlagerung des Güter- und Personennverkehrs auf die Schiene (Allein auf der Brenner-Autobahn werden pro Kilometer und Jahr 140 Tonnen Schadstoffe ausgestoßen!).

Alkohol

Der einzige Ausweg aus Streß und Problemen?

Alkoholikler findet man in jeder Klasse der Gesellschaft. Aber die meisten sind Arbeitslose, Sozialhilfempfänger und Arbeiter. In der Regel sind es Leute, die durch Probleme mit der kapitalistischen Gesellschaft in die Sucht geraten sind.

Durch die extreme Ausbeutung am Arbeitsplatz, zum Beispiel Schichtarbeit, monotone Arbeit und Akkord, gehen viele Arbeiter körperlich kaputt und sehen keinen Sinn mehr in ihrer Arbeit. Ihre Freizeit und auch ihre finanziellen Mittel sind so gering, daß sie auch hier keinen Ausgleich und keine Entspannung finden können. Es entstehen dadurch Probleme in der Familie.

Streit

Oft müssen Mutter und Vater arbeiten, um den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. Dann gibt es gar keine Familienleben mehr, Streit und Scheidung sind oft die Folge. Kinder müssen dann in Heime. Hier gibt es viel zu wenig Personal, die Kinder wachsen unter Bedingungen auf, die sie direkt wieder zu Außenseitern machen. Viele von ihnen werden schon sehr früh zu Trinker.

Auch viele Arbeitslose sehen keinen Sinn mehr in ihrem Leben. Sie fühlen sich überflüssig und unfähig, und es wird ihnen ja auch immer wieder eingeredet, sie seien an ihrer Lage selbst schuld. Außerdem sind sie zunehmend allein, verlieren den Kontakt zu den Kollegen und haben oft so wenig Unternehmungen mit anderen - in die Disko gehen oder zum Kegeln - aus Scham immer mehr zurückziehen. Der einzige Ausweg aus dem Streß und den Problemen scheint der Alkohol zu sein. Nach kurzer Zeit entsteht dann die Sucht.

- Europäische Verminderung des Schadstoffauslasses von Industrie, Kraftwerken, Verkehr und Haushalten, um den „Sauren Regen“ zu stoppen.

- Bekämpfung der Schäden und Wirt-

derherstellung des natürlichen Gleichgewichts unter Mitwirkung von betroffenen Arbeitern, Bergbauern, Wissenschaftlern und Umwelt-Organisationen; dadurch massive Arbeitsplatzbeschaffung.

- Enteignung aller Konzerne und Superreichen, die von Tourismus und Umwelterstörung profitiert haben und noch profitieren.

- Demokratische Wirtschaftsplanung statt unkontrolliertem Bau-Fieber und Konkurrenzkampf zwischen Gemeinden und Regionen!

Matthias Scheibe, Stuttgart
Jungsozialist

Sucht bedeutet, daß man täglich große Mengen Alkohol zu sich nehmen muß. Das kostet natürlich eine Menge Geld. Schulden machen, Veruntreuung oder selbst Diebstähle sorgen dann für die nötigen Summen. Wenn man noch arbeitet und es kommt raus, daß man abhängig ist, wird man meist entlassen. Das verschärft die Probleme weiter.

Im besten Fall kriegt man über die Sozialberatung die Möglichkeit, dem Alkohol zu entziehen. Aber die Schuld wird voll auf den betroffenen Alkoholabhängigen geschoben. Die verordneten psychiatrischen Behandlungen sollen den Kranken wieder „in die Gesellschaft einfügen“. Aber wenn er dann nach Hause kommt, gibt es meistens einen Rückfall, weil sich an den Lebensumständen ja nichts geändert hat. Und vor allem: Die Unternehmer zahlen nicht einen Pfennig für den Schaden, den sie angerichtet haben.

Selbsthilfegruppen

Zwar gibt es Selbsthilfegruppen wie Blaues Kreuz oder den „Freundeskreis“. Diese Organisationen kümmern sich um die Kranken und versuchen, ihnen eine Stütze zu geben. Letzter fehlen ihnen die Gelder, um noch mehr Menschen zu helfen.

Allerdings gibt es nur eine wirkliche Lösung: Man muß das Alkoholproblem an der Wurzel packen. Also zum Beispiel keinen Streß oder monotone Arbeit und keine Arbeitslosen und Sozialhilfempfänger mehr. Aber dieses ist nur möglich in einer Gesellschaft, wo es keine Ausbeutung mehr gibt, wo die Arbeitszeit drastisch verkürzt wird und wo für die Allgemeinheit sinnvolle Produkte hergestellt werden.

Jürgen Osan, Kassel
Jungsozialist

Juso-Bundeskongreß in Karlsruhe

Befragungen im Rahmen des Kapitalismus

Im Mittelpunkt des diesjährigen Juso-Bundeskongresses standen Fragen der Zukunft der Arbeit, Frauenfrage und Quotierung sowie die Wahlen zum neuen Vorstand.

Klare Analysen, Erarbeitung von Perspektiven zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen und eine daraus abgeleitete Handlungsorientierung konnten die 300 Delegierten allerdings nicht mit nach Hause nehmen.

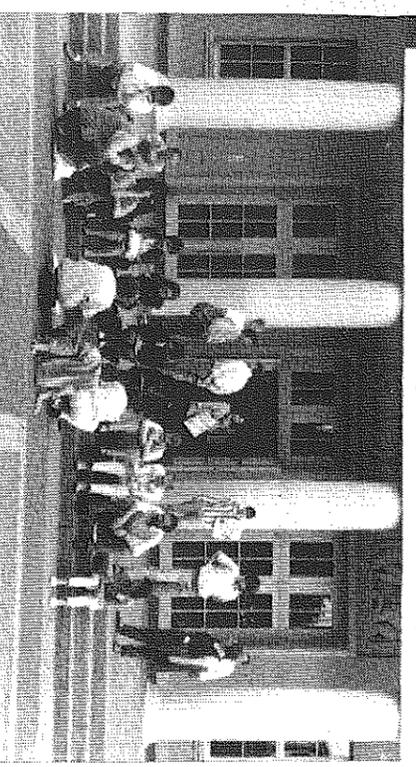
Völlig unverständlich blieb, warum Oskar Lafontaine, der ursprünglich als Gastredner vorgesehen war, von der Vorstandsmehrheit wieder ausladen wurde. Auch wenn er höchst strittige Thesen vertritt, so wäre dies doch eine Gelegenheit gewesen, öffentlichkeitswirksam Juso-Positionen darzustellen – zumal direkt oder indirekt während des Kongresses ohnehin immer wieder auf seine Thesen Bezug genommen wurde.

Dies gilt insbesondere bei einer der zentralen Debatten um das Thema „Zukunft der Arbeit“ und um die Wirtschaftspolitik. Hier legten die südwestdeutschen Jusos einen Grundsatzantrag vor, der in den Medien schon unter dem Titel „Recht auf Faulheit“ kursierte und der die Position der Reformsozialisten (oder „Undogmatisten“) um die Zeitung „Sozialistische Praxis“ zusammenfaßt. Dabei handelt es sich – leicht verhält – um Lafontaines

finieren in „nützliche Eigenarbeit“. Statt Enteignung der Schlüsselinvestitionen – Forderungen wie diese: „Ein bundeseinheitliches Kartellamt hat in Zukunft nicht mehr allein die Überwachung eines funktionsorientierten Wettbewerbs als Aufgabe (was ja zur Zeit schon ganz prima funktioniert? – Anmerkung des Autors), sondern auch die Entflechtung der Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Schaffung möglichst kleiner dezentraler, voneinander weitgehend unabhängiger Betriebe.“

Also – zurück zur vorkapitalistischen Handwerkerlei statt nach vorne zu gesellschaftlicher Planung der Produktion im Interesse der Bevölkerungsmehrheit.

Kapitalistischer Umbruch
Da sich die Debatte hauptsächlich um solche Positionen drehte, kam die Diskussion um den Gegenantrag aus



**Juso-Bundeskongreß
Karlsruhe, 17.-19. Juni 1988**

Wer auf dem Kongreß eine klare Handlungsorientierung suchte, wurde enttäuscht. Verschiedene Positionen. Die „Gehaltskürzungen für Besserverdienende“ finden sich hier ebenso wieder wie die Propagerung der Eigenarbeit.

Zukunft der Arbeit

Darunter fallen laut Antrag u.a. Reparaturen, Selbsthilfe im Bau- und Wohnbereich, Pflege von Erholungsflächen, Hilfe für Alte und Kranke. Auf die Kritik daß ein Großteil dieser Leistungen ja gerade staatlich erbracht werden sollte und Bereiche betrefte, in denen die Konservativen streichen wollen, antworteten die „Undogmatisten“, daß die „Unabhängigkeit von Markt und Staat“ befördert und die „Produktionspläne des Kapitals quantitativ beschränkt“ werden müßten.

Weiterhin findet sich in dem Antrag die Behauptung, daß „der größte Teil (1) der Bevölkerung über einen sicheren (1) Arbeitsplatz mit relativ hohem Einkommen und bei sozialer Absicherung verfügt (aber vielleicht zu wenig freie Zeit hat, um diese Vorteile zu nutzen)...“ Man kann sich an manchen Stellen des Eindrucks nicht erwehren, daß die Autoren solcher Analysen ihre eigene Lage mit der der Mehrheit der Bevölkerung verwechseln.

Folgerichtig leiten sich daraus dann Empfehlungen wie diese ab: „Mit zur Mühe haben. Nur wenn man bereit ist, sich einmal von allem loszulösen, umformiert zu sein (!), nicht zu kommunizieren oder zu partizipieren, kann man seine Ruhe finden.“ Völlig losgelöst folgen sie dem auch

Daraus folgt: „Die Linke muß eine Vorstellung davon entwickeln, wie der kapitalistische Staat für eine mittelfristige Reformperspektive eingesetzt werden kann, indem seine Rolle als

Kapitalistischer Staat als Pionier?

die Zukunftsvorhaben.“ Ein „Reformprojekt mittlerer Reichweite“ ist natürlich auf dem Boden des Kapitalismus nur finanzierbar, wenn es einen längeren, tragfähigen Wirtschaftsaufschwung gibt. Diese Möglichkeit wird von den HK-Genossen für die 90er Jahre stillschweigend unterstellt.

Der konservativen Politik wird vorgeworfen, daß der „kapitalistische Staat seiner Rolle nicht annähernd gerecht“ werde, weil er die Kapitalver-

im Vorfeld des Kongresses mit rüden Tricks vom Tisch gefegt worden.) Führende Juso-Frauen unterstellten dabei, daß weibliche Umgestaltungen zu demokratischen Verhältnissen führen. Diesen Eindruck konnte man allerdings nicht gewinnen. Eine Rednerin wurde z.B. unterbrochen, weil einigen das Inhaltliche nicht gepaßt hat. Ist das etwa Demokratie?

Wie „demokratisch“ es im Verband zugeht, sah man auch daran, daß es VORAN-Verkäufern untersagt wur-



**Jugend eine Zukunft:
müßig erheben -
fälschlich leben**

wertungs-Bedingungen nur schlecht und fehlerhaft regelt. Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie managt ihr System miserabel, die Stamokaps könnten es besser und geben entsprechende Ratschläge!

Diese Thesen stellen einen Rechtsruck des HK und das Verlassen marxistischer Ansätze dar. Daran ändern auch die im Antragstext eingestreuten marxistischen Grundweisheiten nichts.

Frauenthemen

Wohl noch nie zuvor hat das Frauenthema einen Juso-Bundeskongreß so beherrscht wie diesen. Über 50% der Delegierten waren Frauen. Da nicht voll erfüllt hatten, entspann sich zunächst bei fast jeder Abstimmung darüber eine heftige Debatte. Der scheidende Vorsitzende Michael Guggenmos griff mehrfach ein, und die betreffenden Bezirke wurden so lange öffentlich angepöbeln und unter Druck gesetzt, bis sie so viele „männliche“ Mandate „freiwillig“ zurückgeben, daß der 40%ige Frauenanteil gegeben war.

Auch diesmal wurde eine Grundsatzdebatte über den Sinn der Quotierung verhindert, indem der einzige optionelle Antrag dazu schon nach zwei Redebeiträgen mit einem Geschäftsordnungsantrag auf „Schluß der Debatte“ begraben wurde. (1986 war ein entsprechender Antrag schon

ten Debatten über Quotierung und „patriarchalische Strukturen“. Doch nicht nur beim Frauenthema blieben die Realitäten der Klassegesellschaft außen vor. Wenn nicht VORAN-Unterstützer in ihren Diskussionsbeiträgen darauf eingegangen wären, dann wäre der Name „Rheinhausen“ kein einziges Mal gefallen. Die wichtigste gewerkschaftliche Auseinandersetzung seit der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde von den herrschenden Juso-Strömungen schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Der einzige Antrag zum Thema Kahlschlag in der Montanindustrie der AG Nürnberg-Maxfeld wurde aus Zeitmangel nicht behandelt. Aber z.B. für einen Initiativantrag zum Thema „Rettet die Gartenwege“ fand sich die Zeit, ebenso für eine einhalbstündige Verabschiedung der scheidenden Bundesvorstandsmitglieder mit kabarettistischer Einlage.

Arbeitsprogramm

Für das Arbeitsprogramm 1988-90 des Bundesvorstandes lag nur ein vorläufiges, unvollständiges Papier einer Arbeitsgruppe vor, das dann mit knapper Mehrheit verabschiedet wurde.

Bundeskongreß der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten 17.-19. Juni Karlsruhe

de, die Zeitung im Kongreßgebäude zu verkaufen. Die anberaumte Frauenberatung (Männer ausgeschlossen) war für viele Frauen ein Punkt, der interessant zu sein schien. Doch am Ende dieser Beratung war wahrscheinlich keine Frau zufrieden damit, was da abließ. Über Anträge konnte man nicht beraten, da dies ja keine Beschluß-Gremium war. Also ging es wieder mal nur um die Quotierung bzw. um die äußerst vorübergehende Frage, welche der drei Kandidatinnen für den Bundesvorsitz wohl die feministischere sei.

de, Die Jusos, so heißt es darin, werden gezwungen sein, angesichts der Lebenspläne und Lebenserfahrungen von Jugendlichen mehr anzubieten als flotte Sprüche und lahme Sitzungen. Dies ist richtig, und viele AGs machen auch von sich aus vorbildliche, offene Arbeit. Was die Jusos aber auch brauchen, ist ein Programm, das sich konsequent für die grundlegende und radikale Änderung unserer Gesellschaft ausspricht und auf dieser Grundlage Jugendlichen eine wirkliche Alternative anbieten kann.

Wahlen

Die Personaldebatte und die anschließenden Wahlen waren so emotionsgeladen, daß am Ende bei einigen Genossinnen die Tränen kulterten. Nachdem Martina Naujoks (zählt zur „Fraktion“ der Unzufriedenen in der HK-Hochburg Hamburg, Wunsch-kandidatin der „Südschiene“) zurückgetreten war, standen sich noch Doris Ahnen (undogmatistischer Flügel) und Susi Möbbeck (HK, SHB) gegenüber. Bis zum Schluß war ungewiß, wer das Rennen gewinnt.

Das Ergebnis der Wahlen war eine Niederlage für die Reformsozialisten. Der Bundesvorsitz ging mit der Wahl von Susi Möbbeck erstmals seit 1977 wieder an die Stamokaps.

Vom alten Bundesvorstand kandidierte bis auf Uwe Kremer niemand mehr, was einen gewissen Bruch in der personellen Kontinuität bedeutet. Im neuen Vorstand sind für das HK-Necken neben Susi Möbbeck und Uwe Kremer noch Ulrike Loida vertreten, für die „Undogmatisten“ Doris Ahnen, Edith Hemmen und Ralf Ludwig sowie für die „Südschiene“ Werner Schreiber. Bernhard Groh wurde trotz aller wahrlich berechtigten Kritik über seine Amtsführung und arrogante Umgangsweise mit der Basis wiedergewählt, nachdem es den Reformisten nicht gelungen war, ihre Kandidatin unter dem Motto „Eine Frau muß auch mal Bundessekretärin werden“ unterzubringen.

Insgesamt zeigte der Kongreß, daß die herrschenden Strömungen in einer politisch und persönlich Krise sind, was eine Ursache für den Bedeutungsverlust des Verbandes ist. Eine marxistische Erneuerung ist darum dringlicher denn je.



**17.-19. Juni 1988
Karlsruhe**

Militant-Rally in London

Marxismus mit Feuerwerk

Am 18. Juni 1988 brach ich mit einer Genossin nach England auf. Wir wollten in London die „Militant“-Rally besuchen. Eine Rally ist eine Art politisches Meeting mit Unterhaltungselementen. Diese wurde von Militant organisiert, einer Zeitung der Marxisten in der britischen Labour-Party.

Am Sonntag, dem 19. Juni, um 12 Uhr ging es los. Die Tore des beeindruckenden Alexandra-Palastes öffneten sich. 7000 Leute aus allen Teilen Großbritanniens hatten den Weg nach London gefunden. Der Parkplatz war voll von Bussen. 80% der Besucher waren unter 23 Jahren! Außerdem waren insgesamt 600 Kleinkinder anwesend, die extra durch geschulte Kindergärtnerinnen betreut wurden. Dies zeigt, daß der Marxismus in Großbritannien Zukunft hat!

Ein leiser, effektiver Orchesterdienst sorgte dafür, daß es unter 7000 Leuten keine Zwischenfälle gab. Eine tolle



Leistung, wie ich meine. Es herrschte eine freundschaftliche Atmosphäre. Einige kurze Reden drückten die Entschlossenheit der Arbeiter im Kampf und deren Siegeswillen aus. An vielen Beispielen wurde deutlich gezeigt: Wir müssen — und können! — gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Unternehmer kämpfen, und gegen die Angriffe und Lügen der Thatcher-Regierung. Da war die Krankenschwester Lyn

Martin, die von dem aufopferungsvollen Kampf der britischen Krankenschwestern gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen seitens der Tories (den Konservativen) berichtete. Oder zum Beispiel Sue Haines, die für die streikenden P&O Hafenarbeiter sprach.

Ron Brown, der von Thatchers Kettenhunden (den Tories) in einer entwürdigenden Kampagne angegriffen wird, weil er dem linken Flügel der Labour Party angehört, bedankte sich für die Unterstützung, die er in der Zeitung „Militant“ erhalten hatte und rief: Jeder Arbeiter in Großbritannien soll sie lesen! Da war auch Tony Mulhearn, ein entlassener Stadtrat von Liverpool, der bestrahlt wurde, weil er und 46 andere inzwischen entlassene Stadträte Arbeit und Wohnungsverordnungen durchzuführen.

Zwischen den einzelnen Reden wurden Videos gezeigt, ein Komiker trat auf und während einer längeren Pause spielte eine Band.

Rehabilitiert Trotzki!

Ein Schwerpunkt auf der Rally war die Forderung nach der Rehabilitation Trotzki. Laßt uns Glasnost und Perestroika an dieser Forderung messen! Erst eine wirkliche Rehabilitation Trotzki und damit verbunden eine Verbreitung seiner Ideen kann zu einer Veränderung des Systems hin zu



Sehr interessiert verfolgten die jungen Leute die Diskussionen auf dem ersten DGB-Camp seit 32 Jahren.

10.000 Besucher beim DGB-Bundesjugendtreffen Große Resonanz bei jungen Postlern

Endlich, nach 32 Jahren war es wieder soweit: Vom 16.-19. Juni fand das zweite Bundesjugendtreffen des DGB statt. Rund 10.000 junge Gewerkschafter versammelten sich vier Tage lang in Köln.

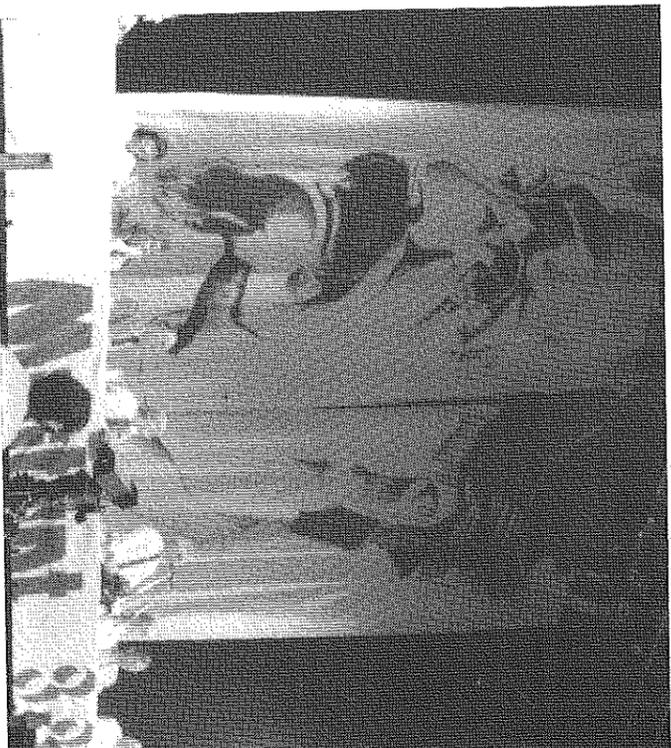
Die große Teilnehmerzahl zeigt, wie stark das Bedürfnis ist, Erfahrungen auszutauschen, zu diskutieren und gemeinsam aktiv zu werden.

Von den knapp 6000 angemeldeten Teilnehmern waren über die Hälfte aus der Postgewerkschaft DPG. Das macht deutlich, daß es die praktischen Erfahrungen im Klassenkampf, hier gegen die Postprivatisierung, sind, die dazu führen, daß sich Jugendliche in der Gewerkschaft organisieren und aktiv werden. Die Angriffe des Kapitals und ihrer Regierung zwingen uns, in immer stärkerem Maße für unsere Interessen zu kämpfen. Die angeblich „unpolitische“ Jugend spielt schon heute eine wichtige Rolle, auch in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen.

„Jonglieren und Einradfahren“ bis zu Diskussions-Foren wie „Zukunft der Arbeit“.

Die Vielzahl von mehr als 30 angebotenen Diskussionskreisen, Workshops, Foren usw., allein an einem Tag, führten allerdings dazu, daß die Kollegen — hin- und hergerissen, welches Angebot man nun wahrnehmen sollte — auf dem Gelände weit verstreut wurden. Das Gefühl von Stärke, daß wir in der Gesellschaft eine entscheidende Kraft darstellen könnten, entwickelte sich so kaum.

Sowohl das Juso-Pfingstcamp (siehe Voran Nr. 101), als auch das DGB-Jugendtreffen zeigen, daß ein Großteil der Jugendlichen heute für Veränderungen kämpfen will. Diese potentielle Kraft in den laufenden und zukünftigen Auseinandersetzungen einzusetzen, ist die Aufgabe von SPD und DGB. Die Jugendlichen in beiden Organisationen müssen die vorwärtstreibende Kraft werden. Das dritte Bundesjugendtreffen wird keine 32 Jahre auf sich warten lassen.



Leo Trotzki wurde 1940 von Agenten Stalins ermordet. Die Forderung nach freier Verbreitung seiner Schriften in der Sowjetunion war ein Schwerpunkt auf der „Militant-Rally“ 1988.

einem wirklichen demokratischen Sozialismus führen. Doch dies würde den Sturz der momentanen herrschenden Schicht erzwingen. Ob diese dieses Risiko eingeht und sich so in Gefahr begibt...? So muß man auch Gorbatchow betrachten und sich die Realität

im Ostblock immer vor Augen halten! Das erklärte Ted Grant, der politische Herausgeber von Militant. Er war und ist ein aktiver Marxist, der Trotzki noch persönlich kannte und dessen Kampf gegen Stalin unterstützte. Trotzki selbst war der zweite Mann

Juso-Veranstaltungen gegen Post-Privatisierung Diskussionen über Streik

Gemeinsam gegen Angriffe

Ende Juni kam Colin O'Callaghan, Vorsitzender der British Telecom International Council, im Rahmen einer Informationsreise durch die Bundesrepublik auch zu uns nach Kassel, um uns von den Erfahrungen der britischen Postgewerkschafter im Kampf gegen die Privatisierung zu berichten. Unsere Veranstaltung, die wir (Juso-AG Kassel-West) zusammen mit dem Ortsjugendausschub der DPG organisierten, wurde ein großer Erfolg. Etwa 70 Besucher kamen, um über Perspektiven für den gemeinsamen Kampf gegen die Privatisierung zu diskutieren.

O'Callaghan erklärte uns, warum der Kampf in England scheiterte. 1983, ein Jahr vor der endgültigen Privatisierung, ging nur eine der fünf Einzelgewerkschaften, der Gewerkschaftsrat von British Telecom International, in den Streik. Aber zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen — nachdem Thatcher ein Gesetz zur Teilprivatisierung des Kabelnetzes vorgelegt hatte — war an der gesamten Basis die Bereitschaft für einen Streik vorhanden. Die Führer der anderen Einzelgewerkschaften waren zwar radikal in Worten, doch sahen sie nicht die Notwendigkeit einer kämpferischen Offensive gegen die Privatisierung der Post. Eine Urabstimmung zum Streik fand deswegen nicht statt. Aus diesen Erfahrungen wurden auf unserer Veranstaltung wichtige Erkenntnisse gewonnen.

In der Diskussion um die Strategie kamen Bedenken gegen Streiks auf. Denn ein Streik aller Postbeschäftigten (auch der Beamten) wäre ein illegaler, politischer Streik. Aber bald wurde klar: „Wir müssen kämpfen, auch wenn es politischer Streik ist...“ Protestieren reicht nicht“, wie eine Postgewerkschafterin sagte. „Aber wird uns die SPD dabei unterstützen?“ fragte ein Kollege. Ein älterer Parteigenosse antwortete darauf, daß gerade wir an der Basis klare Perspektiven entwickeln, jetzt aktiv werden und damit Druck auf die SPD- und Gewerkschaftsführung ausüben müssen.

Für uns in Kassel hat die Diskussion um Strategien und Perspektiven gezeigt, daß eine Ausweitung der Kämpfe die einzige Möglichkeit ist, um wirklich etwas zu verändern.

Protestieren reicht nicht

Eine Podiumsdiskussion war Höhepunkt und Abschluss der Kampagne gegen die geplante Zerschlagung und Privatisierung der Post, die der Aachener Juso-Unterbizirk im Mai/Juni durchgeführt hat. Etwa 70 Besucher, unter ihnen viele Kollegen von der Post, waren gekommen. Auf dem Podium wurden von dem Amtsvorsteher der Post Schwarzschillings Pläne uneingeschränkt verteidigt. Die anderen Podiumsteilnehmer, Heinz Naab, Bezirkssekretär der Deutschen Postgewerkschaft, ein Europaparlamentarier und ein Juso, waren sich einig, daß die geplante Zerschlagung der Post für die breite Masse der Verbraucher nur Nachteile bringen würde. (Die CDU hatte wegen „Terminschwierigkeiten“ abgesagt). Kollegen von der Post berichteten, daß bereits in den letzten Jahren ihre Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtert worden seien.

Auf die mehrfach gestellte Frage, wie die Zerschlagung und Privatisierung der Post zu verhindern sei, wurde vom Podium leider keine überzeugende Antwort gegeben. Dieter Schinzel, für die SPD im Europaparlament, und der Vertreter der Jusos meinten, daß

neben Lenin in der russischen Oktoberrevolution. Nach Lenins Tod bekam die Bürokratie die Oberhand, die Stalin als Vollstrecker ihrer Politik an die Macht brachte. Trotzki gründete die Linke Opposition, die schließlich von Stalin bekämpft wurde. 1940 wurde er von einem Agenten Stalins in Mexiko ermordet.

150.000 DM wurden gesammelt

Zuletzt folgte ein Spendenappell, der das beeindruckende Ergebnis von ca. 150.000 DM erbrachte. Die Rally klang aus mit der „Red Flag“, dem traditionellen Arbeiterlied der britischen Arbeiterbewegung, und der „Internationalen“, gefolgt von der 9. Symphonie von Beethoven mit riesigem Feuerwerk! Ein großartiger Abschlus!

Für mich war die Rally ein Erlebnis und ich würde mir wünschen, in naher Zukunft auch in der BRD so ein Ereignis miterleben zu können. Also, Genossen, bauen wir unsere Zeitung zu einer starken Waffe gegen die herrschende Klasse auf, so daß sogar die Bild-Zeitung schreiben muß: „7000 Marxisten proben den Sturm auf Bonn.“

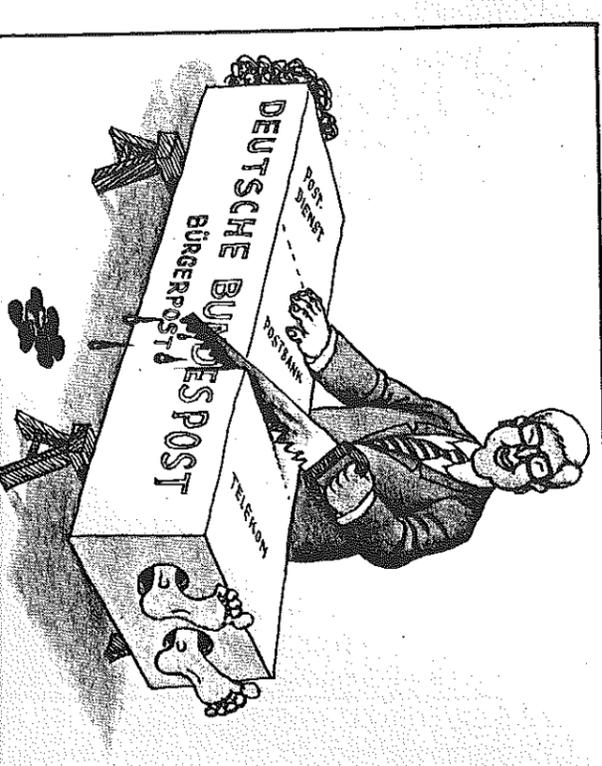
Michael Gerhards, Köln
Jungsozialist

Wurden gesammelt

Der Vertreter der DPG wollte zwar Streik als Kampfmittel nicht aus-schließen, zunächst setzte man jedoch auf andere Protestformen. Geplant sei z.B. eine Umfrage zu den Privatisierungsplänen unter Postbeschäftigten. Andere Jusos versuchten, Antworten für die weiteren Perspektiven des Kampfes der Postler zu geben. Die Arbeiter hätten nur eine ökonomische Waffe, nämlich die des Streiks. Die Zerschlagung der Post könnte nur dann verhindert werden, wenn diese Waffe benutzt würde. Weiter sei wichtig, gemeinsam mit den Kollegen anderer Betriebe, die auch von Privatisierung betroffen sind, vorzugehen (z.B. mit der VW-Belegschaft).

Da die Privatisierungspläne noch längst nicht vom Tisch sind, war die Postkampagne sicherlich nicht die letzte Aktion zu diesem Thema. Viele Kollegen bei der Post haben gesehen, daß wir bereit sind, uns gemeinsam mit ihnen gegen die Angriffe von Schwarz-Schilling und seinen Hintermännern aus der Wirtschaft zu verteidigen.

Eliane Peters
Vorstandende Juso-AG Aachen-West
und DPG-Mitglied



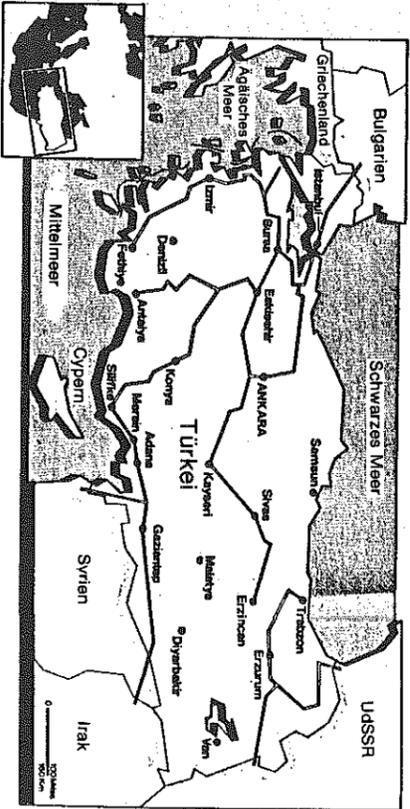
Acht Jahre nach dem Militärputsch

Die Türkei - Pein für die Arbeiter

Nach acht Jahren brutaler Unterdrückung durch das Militärregime des Generals Evren haben die türkischen Arbeiter wieder zu kämpfen angefangen. Dieser Mittelseiten-Artikel von Hans-Gerd Öfinger schildert die Entwicklung der Türkei seit den 20er Jahren und die Perspektiven für die kommenden Jahre.

Im türkischen Befreiungskrieg gegen die englischen, französischen und griechischen Besatzer (1919-22) ging die Führung an jüngere, mittlere Offiziere um Mustafa Kemal („Atatürk“ - zu deutsch: Der oberste und erste Türke) über. Dieser stützte sich auf die aktive Mitwirkung der Arbeiter und armen Bauern und rief sogar zu Streiks in den besetzten Gebieten auf.

Nach dem Sieg über die Besatzer rief Atatürk 1923 die türkische Republik aus und schaffte das Sultanat („Kaiserreich“) und Kalifat ab. Es ist bezeichnend für die Schwäche des türkischen Kapitalismus, daß Offiziere aus der



Mittelschicht Träger des bürgerlichen Nationalismus wurden und die „Modernisierung“ des Landes anzupacken versuchten und seither die Armee die Innenpolitik stets wesentlich beeinflusst haben.

Kurden und Arbeiter unterdrückt

Die von Atatürk und der Republikanischen Volkspartei (CHP) vorangetriebene „Modernisierung“ brachte eine bescheidene Entwicklung der Industrie mit sich. Die Zahl der in größeren Betrieben beschäftigten Arbeiter konnte sich zwischen 1923 und 1940 verzehnfachen: von 23.000 auf 240.000. Allerdings waren diese Fortschritte nur durch massiven staatlichen Eingriff möglich.

Die Trennung von Kirche und Staat war die einzige bürgerlich-demokratische Aufgabe, die unter Atatürk erfüllt wurde. Schon 1925 wurde der Aufstand der Kurdenstämme brutal niedergeschlagen. Seither wird den Kurden jegliche Art von Autonomie verweigert.

Die unabhängige Bildung von Arbeiterorganisationen wurde ebenso 1925 durch ein Gesetz blockiert, das Streiks sowie jegliche berufliche und politische Organisation verbietet. Die 1920 gegründete Kommunistische Partei (TKP) ist seit 1923 verboten.

Kein Fortschritt

Alles in allem erwies sich die Republik unter Führung der „Kemalisten“ (Ismet İnönü wurde 1938 Atatürks Nachfolger) als unfähig, die türkische Gesellschaft entscheidend weiterzubringen. Die alten feudalen Strukturen auf dem Lande waren nicht zerschlagen worden, Armut und Rückständigkeit blieben erhalten. Von 1941-44 galt sogar ein deutsch-türkischer Freundschaftsvertrag, türkisches Chrometz wurde gegen deutsche Waffen an das Nazi-Regime geliefert.

Neue Diktatur

Die 1946 gegründete konservative und proamerikanische „Demokratische

zeitungelager kemalistischer Herrschaft in einen Sieg ummünzen. Der Sieg der DP war zugleich ein Sieg der Bankiers, Großgrundbesitzer, Geistlichkeit und multinationaler Konzerne über die eher von der CHP vertretenen nationalen Industriekapitalisten. Die neue Regierung des Großgrundbesitzers Menderes (ein Abtrünniger der CHP) machte zwar zu-

nächst einige Zugeständnisse an die Arbeiterklasse und die Kurden, doch bald stellte sich heraus, daß nur eine Diktatur die andere ersetzt hatte. Wirtschaftspolitisch konzentrierte sich die DP-Regierung darauf, die Landwirtschaft zu modernisieren. Somit mußten die zur

Industrialisierung notwendigen Mittel vom Ausland kommen; die multinationalen Konzerne steigerten ihren Einfluß auf die türkische Wirtschaft. Die Modernisierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes trieb die Arbeitslosigkeit in den Dörfern nach oben und führte zu massiver Landflucht und Verstädterung. Zwischen 1945 und 1975 stieg der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 18,3% auf 41,7%. In den Ballungsgebieten entstanden viele Slums mit menschenunwürdigen Lebensbedin-

Das Jahr 1968 stand im Zeichen der revolutionären Maidunruhen in Frankreich und internationaler Jugend- und Studentenunruhen. Diese Bewegungen fanden auch in der Türkei ein großes Echo. Höhepunkt war eine Großdemonstration gegen die NATO, der das Land 1962 beigetreten war. Eine Großkundgebung gegen die 6. US-Flotte 1969 wurde von Polizei und faschistischen Banden angegriffen, zwei Demonstranten wurden ermordet.

Streiks und Proteste

1970 erreichte die Bewegung der Arbeiter und Jugendlichen einen weiteren Höhepunkt. Der Versuch, per Gesetz den Gewerkschaftsbund DISK zu verbieten, wurde durch eine entschlossene Demonstration von 100.000 Arbeitern verhindert. Gewerkschaftsfunktionäre werden verhaftet, das Kriegsrecht wird verhängt. Die Bewegung in den Städten

Die neue CHP-Regierung unter Ismet İnönü führte ein neues, liberales Grundgesetz ein, das das Streikrecht anerkannte.

Neue Gewerkschaft DISK

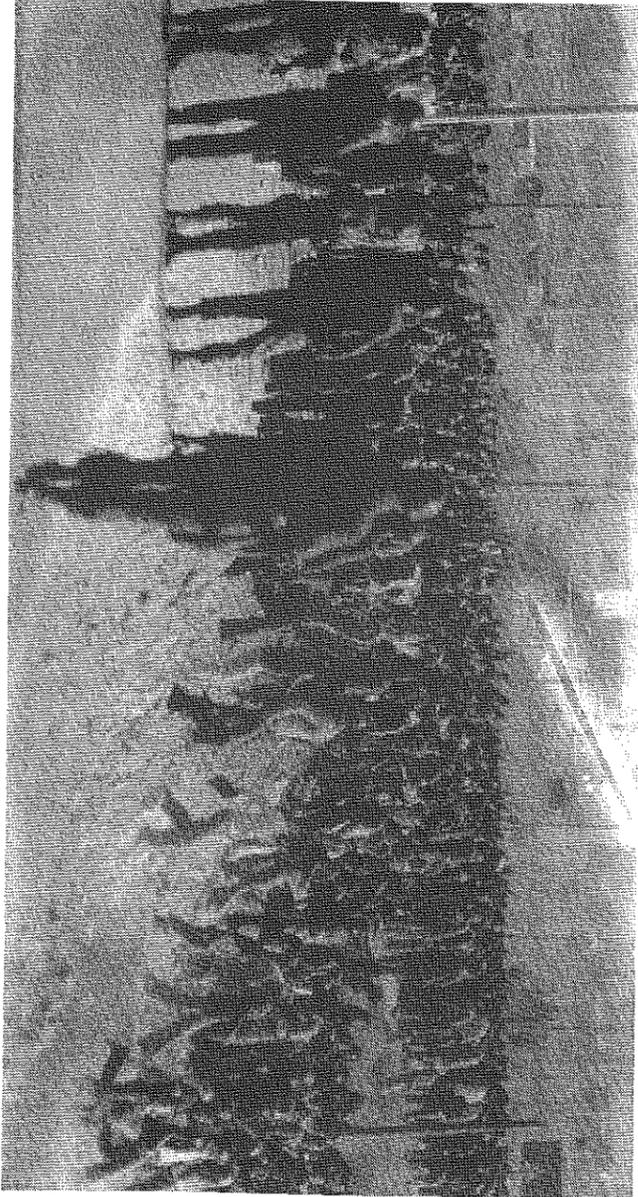
Die 60er Jahre standen im Zeichen einer Stärkung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Zwischen 1963 und 1968 stieg die Zahl der gewerkschaftlich organisierten von 300.000 auf eine Million. Im gleichen Zeitraum waren 40.000 Arbeiter an legalen und 70.000 an illegalen Streiks beteiligt.

Der bis dahin maßgebliche Gewerkschaftsbund TURK-İS war 1952 von der Regierung Menderes als Dachverband gebildet worden, um die verschiedenen Einzelgewerkschaften besser kontrollieren zu können. Die Klassenkämpfe der 60er Jahre hatten jedoch die Kritik vieler Arbeiter an der rechten TURK-İS-Führung verstärkt und schufen die Massenbasis für die Gründung des Klassenkampferischen Gewerkschaftsbundes DISK („Konföderation der revolutionären Gewerkschaften“). DISK konnte sehr schnell in den neuen Industrien Fuß fassen (z.B. Metallindustrie), während TURK-İS seine starke Stellung im Öffentlichen Dienst behielt.

Ecevis Wahlsieg 1977

Die Offensive der Arbeiterbewegung erfaßt auch die Landbevölkerung. Aus Dörfern werden Demonstrationen gemeldet, in denen Frauen „Wasser, Strom und Straßen!“ fordern. Die zunehmende faschistische Terror heizt die Spannung und Klassenpolarisierung weiter an. Am 1. Mai 1977 werden bei einem Überfall auf die Maidkundgebung in Istanbul 36 der über 1 Million Demonstranten getötet.

Im Wahlkampf erhält die CHP einen Massenzustrom wie noch nie. Wahlkundgebungen Ecevis mit über 200.000 Teilnehmern sind keine Seltenheit. DISK wie auch Teile von TURK-İS rufen zur Unterstützung der CHP auf.



1980 führte die schlechte Wirtschaftslage im ganzen Land zum Aufstand. Die Regierung setzt massiv Militär ein, um der Lage wieder Herr zu werden.

Ab 1955 war die Regierung Menderes zunehmend auf Auslandskredite angewiesen. Das dadurch erzwungene wirtschaftliche Sparprogramm löste eine Welle von Protesten, Streiks und Demonstrationen aus, auf die Menderes wiederum mit zunehmender Unterdrückung reagierte.

Putsch der Kemalisten

Die Regierung setzt massiv Militär ein, um der Lage wieder Herr zu werden. greift auch auf das Land über: Bauernbesitzer Ländereien, Kurden demonstrieren für mehr Autonomie. Nun hielten rechte Generäle wieder ihre Stunde für gekommen. 1971 übernahmen sie wieder die Macht und setzten die liberale Verfassung von 1961 außer Kraft. 10.000 Arbeiter und Studenten werden verhaftet, viele werden gefoltert, einige sogar hingerichtet. Doch das Militär kann Streiks und Demonstrationen nicht vollständig unterdrücken und muß nach einem zweijährigen „Zwischenspiel“ wieder abtreten.

Ab 1955 war die Regierung Menderes zunehmend auf Auslandskredite angewiesen. Das dadurch erzwungene wirtschaftliche Sparprogramm löste eine Welle von Protesten, Streiks und Demonstrationen aus, auf die Menderes wiederum mit zunehmender Unterdrückung reagierte.

Arbeiter wollen Veränderung

Mit 46% der abgegebenen Stimmen geht diese als klarer Sieger aus den Wahlen hervor. Vor dem Hintergrund von damals 100% Inflation und 7,5 Millionen Arbeitslosen erwarten die Arbeiter nun von Ecevis neuer Regierung eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Ebenso gehen die Faschisten und Zulassung aller linken Organisationen. Doch schon bald erwies sich die neue CHP-Regierung als unfähig bzw. unwillig, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu ändern.

Selbstbestimmungsrecht vor Ecevit ist unfähig, die Terrorfaschisten zu stoppen. Er geht mehr unter den Druck von schon „Sachzwängen“, realen Elementen im Staatsapparat schistischen Terrorbanden an der Be-



Militärtrazza in einem kurdischen Seit 1925 ein Aufstand der Kurden

1978 organisiert DISK 30.000 Arbeiter, um einen erneuten faschistischen Überfall auf die Maidkundgebung zu verhindern. Unter dem Eindruck Entschlossenheit der Arbeiter sich sogar in den unteren Rängen der Polizei eine neue, radikale Arbeiterbewegung, die die Enternun schistischen Elemente aus dem Staatsapparat fordert. Ecevit bleibt Bis 1979 haben die Faschisten tentate auf Gewerkschafter u verübt. Die türkische faschistische Bewegung der 70er Jahre ist in wohl eine der stärksten weltweit. Sie umfaßt Hundert haupt. Doch in den Ballungsgebieten sie relativ schwach: In Istanbul men sie nicht über 3% der S ihre Attentate konzentrieren Angestellte und Studenten, we Industrie- und Handarbeiter. gensatz zu Hitler und Mussoli sie auch nicht die Absicht ein standigen Machtübergreifung Sta Terror und Vernichtung i dem das Militär zum Eingreif

Verzweiflung und Verw

Nach zwei Jahren CHP-RR hat sich die gesellschaftliche Kräfte spitzer Teile der Arbeiterklasse moralisiert und verzweifelt. wiederum versuchen Selbsthilfe die Faschisten. Antifaschistische gebungen und begrenzte Proteste umfassen Hunderttausende. I Arbeiterbewegung haben sich besorgt und führen individuelle akte gegen einzelne bekannte sten oder Polizisten durch. D Bildung einer einheitlichen Sch Ordnung mit politischer weger Führung bleibt aus. Viele L fen immer noch nach dem bürger Staatsapparat und sehen den um „Demokratische“ losgelde Kampf um eine sozialistische schaft.

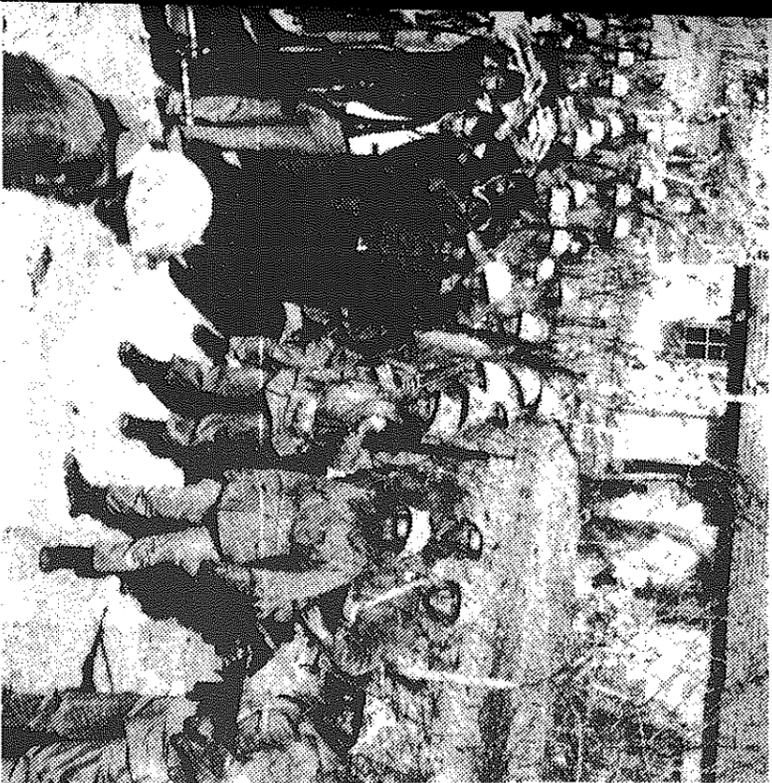
Die Enttäuschung mit der CHP zu massiven Stimmenverlusten Wahlen 1979 und läßt linke C wie „DEV YOL“ anwachsen. D mer noch versuchen sich die mei better, in ihrem verzweifelten B die Rechten zu schlagen, um d Nun übernimmt eine rechts

Probleme - neue Klassenkämpfe

SOZIALISMUS

Aktionspartei" die Regierung. 400% Inflation, steigende Arbeitslosigkeit und zunehmender faschistischer Terror steigern die gesellschaftliche Anspannung. Im extrem kalten Winter 1979/80 führen der wirtschaftliche und soziale Zerfall und die Angriffe der Regierung zu einer Explosion. Die Ener-

die Faschisten alleine waren fähig oder bereit, die Macht im ganzen Lande zu halten bzw. zu übernehmen. So stieß nach alter türkischer Tradition, das Militär in dieses Vakuum vor und wurde so zum "Schiedsrichter" über die "Streithähne". Natürlich war der Putsch überwiegend gegen die Arbeiter-



wurde, wird dieser Volksstamm verfolgt und unterdrückt.

gleichnaphheit zwingt zu täglichen Stromsperrern, Betriebe und Krankenhäuser leiden unter Nachschubmangel.

Aufstand in Izmir

In der Millionenstadt Izmir, der drittgrößten Stadt des Landes, wird die Textilfabrik „Taris“ von den Arbeitern besetzt. Als das Militär alle Arbeiter gewaltsam in das Stadion schleppt und dort festhält, kommt es zum Generalstreik und Arbeiteraufstand in Izmir. Das örtliche Militär wird von den Arbeitern besiegt und kann erst mit Hilfe starker Truppenverbände aus anderen Landesteilen wieder Herr der Lage werden. Doch nun stellt sich die Arbeiterklasse im ganzen Land zu Aktionen gezwungen. Kohlebergwerke werden besetzt, landesweit wird gestreikt. Wahlen 1979 insgesamt 1.100.000 Arbeitstage durch Streiks verloren gehen, sind es in den ersten acht Monaten des Jahres 1980 7.700.000! Doch die DISK-Führung hat kein Konzept, um diese Bewegungen in den politischen Kampf um die ganze Staatsmacht münden zu lassen.

Machtvakuum und Militärputsch

Die spontane Bewegung wird nicht koordiniert, und aus Mangel an Perspektive werden viele Streiks einfach wieder abgebrochen. In vielen Stadtteilen entstehen „befreite Zonen“ unter Kontrolle der linken Organisationen, aber landesweit besteht keine Massenorganisation, die bereit wäre, die ganze Staatsmacht zu übernehmen. Noch im Sommer streiken 60.000 DISK-Mitglieder in 186 Betrieben, doch die Perspektivlosigkeit dieser kräftezerrenden Kämpfe lähmt und demoralisiert viele.

Als dann aber trotzdem noch weitere 300.000 Arbeiter in den Streik treten wollen, halten reaktionäre Generale die Stunde für einen Militärputsch für gekommen und übernehmen am 12. September 1980 die Macht. Die bis heute wirksamen Folgen dieses Putsches bedeuten die bisher schwerste Niederlage für die türkische Arbeiterklasse überhaupt. Mindestens 100.000 politische Gefangene und 500 politische Hinrichtungen sowie das Verbot von DISK und die unmittelbaren Folgen. Warum war der Putsch erfolgreich? In erster Linie herrschte 1980 ein Machtvakuum. Weder linke Organisationen und Arbeiterbewegung, noch die bürgerliche Koalitionsregierung, noch

tet und nicht einmal die legale Existenz von TURK-IS geluldet.

Um Dampf abzulassen und eine kosmetische „Demokratisierung“ durchzuführen wurden 1983 Parlamentswahlen angesetzt, zu denen natürlich nur von den Generellen zugelassene Parteien antreten durften. Doch die von der Militärjunta bevorzugte „Nationaldemokratische Partei“ unterlag mit nur 24% klar der „Mutterlandspartei“ (ANAP) des Turgut Ozal, die auf 45% kam. Die einzige zugelassene „linksliberale“ Partei, die „Volkspartei“, konnte mit 30% immerhin das bisherige Stammpotential der CHP zusammenbringen. So mußten die Generale fortan mit dem Ministerpräsidenten Ozal zusammenarbeiten.

Streikwelle seit 1986

Mitte der 80er Jahre begann die Arbeiterklasse wieder, sich zu regen. 1986 setzte die erste größere Streikwelle ein, seither haben Arbeiter in Automobil-, Metall-, Leder- und petrochemischer Industrie in Streiks Zugeständnisse der Unternehmer erringen können. In vielen Städten durchbrachen die Arbeiter gesetzliche Beschränkungen und setzten damit neue Fakten. Da TURK-IS der einzige zugelassene Gewerkschaftsbund ist, regte sich hier allmählich eine linke Opposition. Viele eigentlich DISK-orientierte Kollegen, traten TURK-IS bei und ließen dessen Mitgliederzahl auf inzwischen über 1,85 Millionen in 32 Einzelgewerkschaften ansteigen, wobei in manchen Bereichen die Unternehmer ihre Arbeiter zwingen, TURK-IS beizutreten.

Im letzten Winter konnten die Beschäftigten der Migros-Supermärkte in ihrem ersten Streik seit 50 Jahren (!) nach heftigen Auseinandersetzungen weitgehende Zugeständnisse erringen.

Sinkender Lebensstandard

Hintergrund dieser neuerlichen Streikwelle ist die Tatsache, daß die Arbeiterklasse von dem Wachstum des türkischen Kapitalismus in den 80er Jahren „nichts abgekriegt“ hat. Selbst die FAZ vom 14.12.1987 berichtete von ungleichen Einkommensverhältnissen: So verfügen 60% der Bevölkerung über lediglich 25% des nationalen Einkommens, während die obersten 20% sich 56% des nationalen Einkommens teilen. Nach Schätzungen des TURK-IS-Vorsitzenden Sevket Yilmaz ist das Realinkommen der Arbeiter zwischen 1984 und 1987 um 50 Prozent gesunken. Die reale Arbeitslosigkeit dürfte bei über 20 Prozent liegen, wobei noch zusätzlich viele Tagelöhner in der Landwirtschaft als „unterbeschäftigt“ gelten.

Hungerlöhne

Früher war die Abwanderung vom Dorf in die Stadt bzw. ins westeuropäische Ausland ein Sicherheitsventil für

den Auseinandersetzungen und einer Zähigkeit und Entschlossenheit, die „Gewerkschafter anderswo überrraschen würde“ (altes Originalton FAZ 14.12.87). Mit zwei Millionen Streiktaggen wurde 1987 der bisher höchste Stand seit dem Rekordjahr 1980 erreicht.

Neue Industrien

Die Niederlage der Arbeiterklasse 1980 verschaffte der türkischen Kapitalistenklasse eine gewisse Atempause. Im Durchschnitt der 80er Jahre hat das wirtschaftliche Wachstum bisher bei durchschnittlich 4,6% gelegen. Heute entfallen immerhin 32,3% des Sozialproduktes im Billiglohmland Türkei auf die Industrie, die vor allem zwischen Istanbul und Izmir stark gewachsen ist. Eine entscheidende Wachstumsbranche ist immer noch die fieberhafte Erschließung der Mittelmeerküste für den Massentourismus nach spanischem oder italienischem Vorbild. Doch nach wie vor ist die Türkei ein Land auf dem Niveau der „3. Welt“ mit einem Pro-Kopf-Einkommen von nur einem Sechstel des italienischen! Mit 34 Milliarden Dollar Auslandsschulden gehört das Land ebenfalls zur Spitzengruppe der Schuldnerländer.

Vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit und intensivierten Klassenkämpfen suchte Ozal in den Wahlen vom November



1977 gewann Ecevit die Wahlen. Aber erfüllte nicht die Hoffnungen, die die Arbeiter in ihm gesetzt hatten.

1987 eine Bestätigung durch die Wahlen. Doch mit nur 36% der abgegebenen Stimmen schritt die ANAP erheblich schlechter ab als vier Jahre zuvor. Ozal hatte sich jedoch das Wahlsystem so zurechtgeschneitert, daß ihm damit eine absolute Mehrheit an Parlamentssitzen sicher war. Mit 292 von 450 Abgeordneten bleibt die ANAP somit nur knapp unter der zwei-Drittel-Mehrheit. Größte Oppositionspartei ist jetzt die „Sozialdemokratische Volkspartei“ SHP mit 25% der Stimmen und 99 Sitzen. Ihr Führer Erdal İnönü ist ein Sohn des alten Kemalisten İsmet İnönü (s.o.), den Ecevit 1972 aus der Führung der CHP verdrängt hatte. Ecevit selbst hatte bei den Wahlen die Vereinigung mit

der SHP abgelehnt und war mit nur 6% für seine „Demokratische Linke“ an der 10%-Hürde gescheitert

Özal wird unpopulär

Daß es Ozal mit den Neuwahlen eilig hatte, zeigt schon die Tatsache, daß nur einen Tag nach der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses massive Preissteigerungen angekündigt wurden und die Inflationsrate wieder auf über 60% hochgeschwellt ist mit steigender Tendenz. Nachdem Ecevit aus der Politik ausgeschieden ist und seine Partei zurücknahm die SHP von rechts angegriffen, wird sich das Interesse von Arbeitern und Jugendlichen auf die SHP konzentrieren. Dies schließt jedoch auch ein begrenztes Anwachsen kleinerer linker Organisationen nicht aus. Doch ähnlich wie die CHP in den 70er Jahren und auch die griechische PASOK seit 1974, könnte die SHP ein Vakuum ausfüllen. So ist mittelfristig auch die Regierungsbildung durch die SHP vor dem Hintergrund einer vorrevolutionären Situation wahrscheinlich.

Wie weiter?

Aus Mangel an Alternativen dürften viele Arbeiter auch in TURK-IS versuchen, eine linke Opposition gegen die rechte Bürokratie aufzubauen. Die türkische Arbeiterklasse ist vom Alter her verhältnismäßig jung, 60% der Bevölkerung sind unter 19 Jahre alt. Die Jüngeren sind viel weniger von der Demoralisierung und Lähmung von der 1980 geprägt als die Älteren. Und die Industrialisierung der 80er Jahre hat die Arbeiterklasse gestärkt und „aufgefrischt“.

Die revolutionäre Krise der Türkei in den 90er Jahren wird Auswirkungen auf alle umliegenden Länder wie auch wegen der großen Zahl türkischer Arbeiter - auf die westeuropäischen Länder haben. Die wichtigste Aufgabe von Marxisten ist es, an der Basis der SHP Fuß zu fassen und in der Partei einen starken marxistischen Flügel aufzubauen. Wenn eine zukünftige von der Arbeiterbewegung getragene Regierung es vermag, die Hebel der wirtschaftlichen Macht zu übernehmen und unter demokratische Arbeiterverwaltung zu stellen, dann werden selbst die bescheidensten demokratischen und sozialen Reformen unmöglich sein.

Durch das ganze Jahrhundert hindurch hat die türkische Arbeiterklasse immer wieder ihre Kräfte angespannt, um politische Unterdrückung abzuwehren und die Gesellschaft zu verändern. Schwächliche parlamentarische Demokratien und Diktaturen verschiedener Prägung haben sich abgelöst, ohne daß die grundlegenden Probleme des Landes gelöst worden wären. Alle verschiedenen Flügel und politischen Richtungen innerhalb der herrschenden Klasse haben sich als unfähig erwiesen, daß Land weiterzubringen. Jetzt ist die Zeit reif für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Denn wenn eine künftige von der Arbeiterklasse getragene Regierung es vermag, die Arbeiter für die Durchsetzung einer sozialistischen Offensive zu mobilisieren und wenn in der Massenbewegung der Arbeiter keine echte marxistische Alternative verankert werden kann, dann drohen der türkischen Arbeiterbewegung Niederlagen, die die von 1980 weit in den Schatten stellen.

Permanente Revolution

Eine glänzende Bestätigung von Leo Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution liefert die heutige widerprüchliche Lage der Türkei. Trotzki hatte 1906 anhand der russischen Erfahrung festgestellt, daß die Kapitalistenklasse in den rückständigen Ländern der Welt „zu spät“ auf der Bildfläche erschienen war, um noch die gleiche fortschrittliche Rolle wie die Kapitalisten in England, Frankreich und Deutschland im 19. Jahrhundert zu spielen. Zu sehr sei sie von internationalen Kapital abhängige und mit den heimischen Großgrundbesitzern verflochten und daher völlig unfähig, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution durchzuführen.

Die Entwicklung der Türkei bis heute bestätigt Trotzki's brillante Prognose:

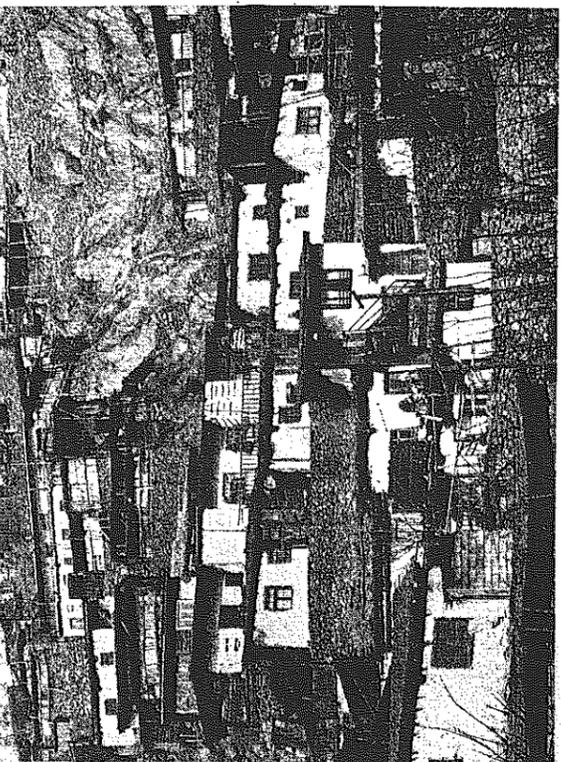
- Das Land ist immer mehr in die Abhängigkeit von westlichen multinationalen Kapitalisten geraten.
- Eine längere Phase parlamentarischer Demokratie hat das Land nie gekannt.

- Eine echte Landreform, eine Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer an die Landbevölkerung hat nie in größerem Umfang stattgefunden. Kapitalisten und Großgrundbesitzer sind vielfach miteinander verwandt oder identisch.

- Die Kurden werden seit jeher von der Zentralregierung unterdrückt, ihre Existenz als Nation wird geleugnet. Trotzki's Schlussfolgerung: Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, mit Unterstützung der armen Landbevölkerung die Macht zu erobern. Sie selbst muß die Aufgaben, die „eigentlich“ den Kapitalisten auferlegt waren, lösen und gleichzeitig zu den Aufgaben der sozialistischen Revolution übergehen. Zum Abschluß kann dieser Prozeß jedoch nur im Zusammenhang der internationalen sozialistischen Revolution gebracht werden.

Lesetipp:

Leo Trotzki: „Die Permanente Revolution“
Fischer Taschenbuch Nr. 6628, 8,80 DM



Armut und Arbeitslosigkeit in den Dörfern trieben Millionen von Menschen in die Großstädte, wo sie in Stimm ohne Wasser und Strom leben müssen.

Hunderttausenden Freiwilliger hatte. Marxisten nennen solche Regime „bonapartistisch“ (im Gegensatz zum Faschismus eines Hitler oder Mussolini). Ein echtes „faschistisches“ Regime hätte jegliche unabhängige Arbeiterorganisation mit Stumpf und Stiel ausgetrot-

den türkischen Kapitalismus. Doch die Massenarbeitslosigkeit im Westen und die Ausländerpolitik der europäischen Regierungen haben diese Möglichkeit weitgehend gestoppt. Bei Arbeitslosen vielfach unter 100 DM monatlich sprach auch die FAZ von erschlitter-

„Demokratisierung“ in der Sowjetunion: SO GEGHT'S NICHT!

Anfang Juli gab es zum ersten Mal in Moskau schon am späten Vormittag keine Prawda mehr. Schuld daran war die 19. Parteikonferenz der KPdSU vom 28.6.-8.8. Ewgeni Grigorjew, der Chefredakteur des Blattes, drückte das aus, was sich die Sowjetbürger erhofften: Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit ein besseres Leben im Alltag. Etwas besonderes war diese Konferenz allein schon deshalb, weil es die erste seit 1941 war. Konferenzen waren ein wichtiger Bestandteil im Leben erst der sozialdemokratischen, dann der kommunistischen Partei Rußlands. Sie wurden seit 1905 regelmäßig abgehalten, selbst unter illegalen Bedingungen jährlich, in entscheidenden Situationen, wie im Jahr 1917, gab es sogar zwei Konferenzen in einem Jahr. Mit dem Fortschreiten der Bürokratiekonferenz lagen dann 47 Jahre.

Daß sie jetzt stattfindet zeigt, wie sehr es Gorbatschow darauf ankommt, die Mehrheit der Bürokratie hinter seine Pläne zur wirtschaftlichen Umgestaltung zu bekommen und auch der Bevölkerung Hoffnung auf mehr Demokratie zu geben und sie so vorläufig bei der Stange zu halten.

Zu Beginn der Konferenz stellte Gorbatschow in einer dreieinhalbstündigen Rede vor den 4986 Delegierten fest: Das gegenwärtige politische System hat versagt. Damit hat er recht. In der heutigen Sowjetunion behindert die gewaltige Bürokratie jeglichen Wirtschaftsaufschwung, weil sie allein an ihren Privilegien und der Erhaltung ihrer Macht interessiert ist. Korruption ist an der Tagesordnung. Gorbatschow versucht das zu ändern, aber eben auf der Basis dieser Bürokratie, ohne die Macht der bürokratischen Kaste grundsätzlich anzutasten, deren Bestandteile er ja auch ist. Es sollen nur die größten Auswüchse der Mißwirtschaft und der Korruption beseitigt werden.

Mißwirtschaft und Korruption

Es wird viel von „Bürokratismus“ geredet, und so getan, als handle es sich hierbei nur um persönliches Fehlverhalten einzelner Funktionäre. Das gibt es sicher auch. Aber das Hauptproblem liegt in der gesellschaftlichen Stellung der Bürokratenkaste. Im kapitalistischen System spielt die herrschende Klasse, die Kapitalisten, eine Rolle im Produktionsprozeß. Immerhin sind sie die Besitzer der Produktionsmittel, z.B. der Fabriken. In der Sowjetunion sind die Produktionsmittel aber verstaatlicht, sie gehören nicht den Bürokraten. So sind diese nichts weiter als eine Schicht von Schmarotzern.

Zwar gab es auf der Konferenz einige Delegierte, die von Gorbatschow ein schärferes Vorgehen forderten. Allerdings finden sich in den Reihen der Parteifunktionäre auch eine Anzahl Gegner dieser Strategie, allgemein als die Konservativen bezeichnet. Um sich beiden Fügeln gegenüber besser behaupten zu können, wurde das Staatsberhaupt mit mehr Vollmachten ausgestattet.

Führungswechsel in Ungarn

Auf dem Reformkurs AUS DER KRISE?

Am Ende der dreitägigen Parteikonferenz vom 20.-23. Mai vollzog sich in Ungarn ein tiefgreifender Führungswechsel: János Kadar (76), der seit 32 Jahren das Amt des Generalsekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) innehatte, wurde zusammen mit vielen alten Mitstreitern durch den sogenannten „Reformführer“ mit dem Ministerpräsidenten Károly Grosz (57) an der Spitze abgelöst. Ursache für diese Veränderungen ist in erster Linie die zerrüttete Wirtschaft Ungarns.

Die Tafelart der ungarischen Wirtschaft ließ sich nicht aufhalten, obwohl doch Reformen à la Gorbatschow längst verwirklicht wurden, wie z.B. höhere Eigenverantwortung der Betriebe, in gewissen Grenzen zugelassenes privates Kleingewerbe bis hin zu „joint ventures“ (Zusammenarbeit von staatlichen Betrieben mit ausländischen Kapitalisten). Diese als „Kadardismus“ bezeichnete Politik der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente vereinigte die Nachteile einer von oben diktierten Planwirtschaft mit den Nachteilen des Kapitalismus. Mangelnde Produktqualität und unflexible Arbeit trafen zusammen mit Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und steigenden Preisen. Die Öffnung zum Westen hat einem wirtschaftlich schwachen Land wie Ungarn hauptsächlich die Abschwünge der Weltwirtschaft zu bieten.

Krisenmanagement

Ministerpräsident Grosz, der sich nach seiner Englandreise Anfang dieses Jahres öffentlich als Verfechter der Wirtschaftspolitik Thatchers präsentierte, hatte bereits im Herbst durch die Einführung von Einkommens- und Mehrwertsteuer seiner politischen

– ganz nach britischem Vorbild. Es ist allerdings offensichtlich, daß neben den geplanten Wirtschaftsreformen keine politischen Reformen in Richtung auf eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt werden, denn das angekündigte Sparprogramm wird bei den Werktätigen wohl kaum Unterstützung finden.

Mehr Begeisterung als in der Bevölkerung weckte der neue Reformkurs dagegen bei Gorbatschow, von dem die ersten Glückwünsche für Grosz eintrafen. Das ist kaum verwunderlich, gilt Ungarn doch als „Modellland“ für bürokratische Wirtschafts-experimente.

Freie Gewerkschaften

Der erste Prüfstein für die neue Umgestaltung und Offenheit werden die freien Gewerkschaften werden, denn

Spannungen weiter verstärken werden, was sich in einer zunehmenden Auseinandersetzung zwischen den Fügeln der Bürokratie ausdrücken wird.

Geheime Wahlen

Eine weitere wesentliche Änderung betrifft den Obersten Sowjet. Dieser soll ersetzt werden durch einen Kongreß der Volksvertreter mit 2225 Ab-



Auch die auf der Konferenz beschlossenen neuen Gremien haben nichts mit der Arbeiterdemokratie gemein, wie Lenin sie entwarf.

geordneten, die alle fünf Jahre vom Volk gewählt werden. Dieser Kongreß soll dann den Präsidenten und eine ständige Versammlung, bestehend aus 400-450 Mitgliedern, wählen. Das hört sich sehr „demokratisch“ an, doch es bleiben einige kritische Punkte. Erstens tritt dieser Kongreß nur einmal im Jahr zusammen. Zweitens wird

der Präsident in geheimer Wahl gewählt und abgewählt. In den Medien wird gerade dieser Schritt in den höchsten Tönen gelobt. Wenn man es aber mal kritisch betrachtet, kommt man zu folgendem Ergebnis: In kapitalistischen Systemen soll der Wähler durch geheime Wahlen vor Repressionen durch den Staat geschützt werden. Wovor soll dann der Bürger der Sowjetunion geschützt werden? Die einzige Antwort kann lauten: vor Partei und Bürokratie. Vor allem werden auch bei geheimen Wahlen garantiert nur von der KP „genehmigte“ Personen als Kandidaten aufgestellt. Vermeiden wird genau das, was wirkliche Demokratisierung bedeuten würde. Die Sowjets werden nicht mit dem Inhalt gefüllt, den sie einmal hatten: Wahl- und Abwählbarkeit aller

Arbeiterstaat

Selbst wenn — zum Beispiel durch die Umorganisation der Arbeit — kleinere Wachstumsimpulse gegeben werden, so wird sich doch alles in allen dem Lebensstandard der Bevölkerung eher verschlechtern, wenn all die geplanten Maßnahmen so umgesetzt werden. Die von der Bürokratie verursachte Krise soll also ganz nach kapitalistischem Manier durch Leistungsdruck und Lohnverzicht auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden. Ähnliches führte schon in Polen zum Aufstand.

Die Hoffnungen, die jetzt noch viele Menschen in Gorbatschow und seinem Politik haben, werden enttäuscht werden. Besonders der Umgang mit den Nationalitätenproblemen, wie z.B. Armenien, wird ein Testfall sein. Die Arbeiter werden sich darüber klar werden, daß sie die einzige Kraft sind, die mit der Bürokratie aufräumen kann. Dazu bedarf es jedoch einer zweiten Revolution, diesmal mit dem Ziel, die Bürokratie ganz verschwinden zu lassen und die Sowjetunion zu einem demokratischen Arbeiterstaat zu machen. Ohne die herrschende Bürokratie würde die Planwirtschaft ihren wirtschaftlichen Zweck erfüllen: nämlich ausschließlich den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu dienen.

Henarik Dahms, Köln
Jungsozialist

Internationale Notizen



Griechenland

Anghörige des griechischen Flughafen-Kontrollpersonals griffen in ihrem Kampf für höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen zu ungewöhnlichen Mitteln, da ihnen das Streikrecht verweigert wird. Sie weigerten sich, zu essen und zu schlafen. Nach drei Tagen erreichten sie eine Einigung mit dem Transportminister. (14.7.88)

Australien

Sieben Tage lang streikten über 28.000 australische Bergarbeiter gegen Umstrukturierungspläne im Bergbau. Es war der zweite Streik innerhalb eines Monats. Falls ein Treffen zwischen dem Premierminister und den Regierungsmitgliedern der betroffenen Bundesstaaten nicht zu einem akzeptablen Ergebnis führt, soll der Streik wieder aufgenommen werden.

Gleichzeitig fand die größte Bewegung von Jugendlichen in der Geschichte des Kontinents statt. Am ersten Juli streikten zwischen 50.000 und 60.000 Schüler im Bundesstaat New South Wales, 10.000 beteiligten

sich an einer Demonstration. Hunderte traten der von Marxisten geführten Schülergewerkschaft bei, um so wirksamer gegen die vorgesehenen Kürzungen im Bildungssektor und die geplante Einführung von scharfen Disziplinierungsmaßnahmen kämpfen zu können.

Jugoslawien

Das Zentralkomitee der jugoslawischen Kommunistischen Partei entschloß sich, eine Sonderversammlung einzuberufen, um über die Streikwelle und die allgemeine Unruhe unter den Arbeitern zu diskutieren. In einer Stellungnahme des Präsidiums hieß es: Gestreikt würde nun nicht mehr wegen zu niedriger Löhne, sondern aus einer allgemeinen Unzufriedenheit heraus. Marijan Orozen, Präsident des offiziellen Gewerkschaftsbundes, sagte in einer beherztigen Zeitung: In Telegrammen forderten Tausende von Arbeitern seine Organisation auf, einen Generalstreik auszurufen. Viele von ihnen hätten den Glauben in die Kommunistische Partei verloren und forderten die Entlassung der augenblicklichen Führung. (13.7.88)

Wirtschaftskrise

Laut einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ist die Verschuldung Ungarn von 8,5 Mrd. Dollar (1986) auf 10,9 Mrd. Dollar gestiegen. Diese Verschuldung wäre nur durch eine drastische Steigerung der Exporte zu bewältigen. Allerdings wurde im letzten Jahr ein Außenhandelsdefizit vom umgerechnet 497 Mio. DM (1986: 726 Mio.) registriert. Um im laufenden



Privathandel in Ungarn: Werden die Pläne der Regierung Wirklichkeit, so wird sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung noch mehr verschlechtern.

die Wissenschaftlergewerkschaft TDDSZ, die bereits 1200 Mitglieder umfaßt, bleibt sicher kein Einzelfall. Diese Gewerkschaft hat das Ziel, die rund 75.000 Wissenschaftler landes-

Löhne und nach Mißbestimmung sofort politischen Charakter bekommen.

Momentan versucht die Regierung, mit dem Verweis auf die unumkehrbare Politik Rumäniens die Unzufriedenheit von der eigenen Innenpolitik abzulenken. Aber die ungarische Bevölkerung wird sich nicht lange ablenken lassen, sondern sie wird an die Traditionen von 1956 anknüpfen, wo nur der Einsatz sowjetischer Truppen den Aufbau eines demokratischen

Olympia 1988



Unruhe im „Land der Morgenstille“

Im September geht es wieder los: das Olympia-Spektakel. Schon jetzt findet man überall in der Werbung Touristik-Tips für die Reisen ins „Land der Morgenstille“, zu den freundlichen Menschen und den kulinarischen Genüssen. Um so ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu gelangen, gibt die südkoreanische Regierung eine Menge Geld aus: Drei Milliarden US-Dollar kostet allein das Olympia-Gelände, die Gesamtkosten der Spiele werden mit sechs Milliarden Dollar veranschlagt.

Wie schon so oft dient auch hier das weltweit beachtete Sportereignis dazu, die Negativ-Schlagzeilen aus der Presse zu verdrängen und es ist gleichzeitig ein Versuch, die politischen Unruhen im Lande zu überdecken. In den späten 50er und vor allem den 60er Jahren wurden mit Hilfe von amerikanischem und japanischem Kapital riesige Stahlwerke und Werften aus dem Boden gestampft. Rohstoffe wurden mit ausländischem Kapital ins Land eingeführt, dort billig verarbeitet und in die entwickelten Industrieländer exportiert, vor allem in die USA und nach Japan.

„Arbeiter verheizen“
Um ein solches Wachstum zu erreichen, kam man eben nicht anders, als erstmalig drei Generationen von Arbeitern zu verheizen. Das sagte ein deutscher Industrieller 1979.

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Südkoreas in den vergangenen 25 Jahren lag bei 8,2%. Die Stahlindustrie zählt zu den größten der Welt, die Werften stehen auf Platz 2 der Welttrangliste. Dieses Wachstum und die hohen Profite entstanden auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern. Die Arbeitszeit liegt heute noch bei 56 Stunden in der Woche! Extrem niedri-

gische Unternehmen „Freizonen“ schaffen. Minimale Steuern und niedrige Löhne dienen als Anreiz zur Produktionsverlagerung nach Südkorea. Der besondere Vorteil für das ausländische Kapital liegt aber im Verbot von Gewerkschaften in diesen Zonen. Doch auch außerhalb der Freizonen ist Gewerkschaftsarbeit schwierig. Neben der nationalen, vom Staat kontrollierten Einheitsgewerkschaft gibt es keine größere Einzelgewerkschaft. Gewerkschaftliche Organisierung findet nur durch einzelne Betriebsgruppen statt, und das unter ständigem Druck von Polizei, Unternehmensleitung und Regierung.

Die Lage der Bauern

Durch feste Abnahmepreise, zu Lasten der Bauern, wurde die Versorgung der Stadtbevölkerung soweit er-möglicht, daß die Löhne der Arbeiter niedrig gehalten werden konnten. Mit der Öffnung des Marktes für amerikanische Getreideüberschüsse wurden die Bauern in noch größere Armut gestürzt. Die Preise fielen so drastisch, daß sie nicht mehr die Anbaukosten deckten. Dies führte zu einer verstärkten Landflucht, besonders in die Hauptstadt Seoul. Die Sturmvertel dehnen sich immer weiter aus, auch durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

In den 80er Jahren wurde eine Umorientierung in der Wirtschaft Südkoreas betrieben. Es begann sich

eine eigenständige Elektronik- und Automobilindustrie zu entwickeln. Aber die Arbeiter hatten nichts davon.

Streiks
Diese wirtschaftliche Ausbeutung hatte ihre Folgen: Im Sommer 1987 fanden Massenstreiks der Arbeiter statt, die dazu führten, daß am 16. Dezember 1987 die ersten „freien“ Präsidentschaftswahlen nach 16 Jahren Militär-diktatur stattfanden.

Aber die „Demokratie“ hat die Lebenssituation der Arbeiter keineswegs verbessert. Der größte südkoreanische Automobilhersteller Hyundai war nicht bereit, die Lohnforderungen der ca. 20.000 Arbeiter zu erfüllen. Auf einen dreitägigen Streik der Arbeiter Anfang Juni 1988 folgte prompt die Ausspernung durch die Unternehmensleitung. Viele südkoreanische Studenten unterstützten die Arbeiter mit Aktionen und Demonstrationen – und wurden von der Polizei brutal miß-dergeknüppelt. Um die Lohnforderungen zu unterstützen, beging ein streikendes Gewerkschaftsmitglied



Brutal mißgedknüppelt werden Studenten und Arbeiter in Südkorea, wenn sie gegen Unterdrückung und Ausbeutung protestieren.

Öffnung zur Mitte? Frankreich nach den Wahlen

Als die bürgerlichen Parteien in Frankreich 1986 ihren Wahlsieg feierten, hatten sie sich wohl zumindest auf ein oder zwei Amtsperioden eingestellt, in denen sie nach dem Vorbild Reagans, Thatchers und Kohl rückstichslose Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung und Kürzungen zugunsten des Kapitals umsetzen wollten. Auch viele Linke ordneten den damaligen bürgerlichen Wahlsieg in das von ihnen so gesehene „Vor-dringen des Konservatismus“ in Europa ein.

Doch heute, nur zwei Jahre später, hat sich das Blatt wieder vollkommen gewendet.

Dies bestätigt die Aussage der Marxisten, daß der damalige Wahlsieg nicht die Folge eines tiefgreifenden Rechtsrucks in der französischen Gesellschaft war, sondern in erster Linie Ausdruck der Enttäuschung und der Demoralisierung mit der Linkselektion von 1981-86. Sie war angetreten mit einem umfassenden Reformprogramm und dem Ziel einiger Verstaatlichungen. Nach einer kurzen Reformphase endete sie mit einer großen Haushaltsverschuldung (z.B. wegen Entschuldigungsverzinsung für die Verstaatlichung!), steigender Arbeitslosigkeit und Reformabbau. Die hochfliegenden Hoffnungen der Mitglieder, Wähler und Anhänger, die 1981 den Wahlsieg von SP (Sozialistische Partei) und KP (Kommunistische Partei) in den Straßen von Paris feierten, waren verfliegen.

Auch der Juso-Bundeskongreß begrüßte den Wahlsieg 1981 mit folgenden Resolution:

„Dieser großartige Erfolg der französischen Linken – in erster Linie ein Erfolg der sozialistischen Partei – drückt den festen Willen einer überzeugenden Mehrheit des französischen Volkes aus, für eine Alternative zu der zuletzten verkommenen Politik der Machterhaltung durch die französische Bourgeoisie zu stimmen.“ (...)

„Es hat sich gezeigt, daß mit der Förderung nach Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken durch aus Wahlsiege errungen werden können, wenn dies nur in klarer Weise ver-mittelt wird.“

VORAN hat bereits damals das un-zureichende Programm der Linksum- on kritisiert und vor den Folgen ge-wart:

„Das Programm der Sozialisten be-deutet keinen klaren Bruch mit dem Ka-

pitälismus. Deshalb besteht die Gefahr, daß sich Kapital und Reaktion ... wieder von ihrer Niederlage erholen... Gaullienstengführer Chirac... spekuliert nach einem Scheitern der Linken vor allem auf ernttäusche Mittelschichten... Diese Erwartungen Chiracs sind durchaus realistisch, wenn Sozialisten und Kommunisten die Grundlagen des französischen Kapitalismus nicht antasten.“ (Vorau Nr. 52, Juli 1981)

Versagen der Linken

Doch die Lehren aus der Erfahrung der Regierungszeit 1981-86 sind von der französischen Linken nie gezogen worden. Dies hatte mehrere Folgen:

– den Niedergang der KP, die anfangs mit in der Regierung saß und erst auf Druck ihrer gewerkschaftlichen Basis und wegen innerer Krisen austrat; sie vollzog dann aber eine abrupte und unglaubwürdige Kehrtwende, indem sie überangängiges heftige Frontalangriffe gegen die SP-Regierungspolitik führte, die sie gestern noch selbst mitgetrugen hatte;

– der Zusammenbruch der Linken in der Sozialistischen Partei, des CERES-Flügels, der ebenfalls keine Alternative zum Mitterrand-Kurs aufzeigte und die Regierungspolitik mitverantwortete; der frühere prominente CERES-Vertreter Chévenement sitzt heute sogar als Verteidigungsminister (1) in der Regierung mit Bürgerlichen der sogenannten „Mitte“;

– nicht zuletzt ist auch der Zulauf für Le Pens „Front National“ auf die Enttäuschung politisch rückständiger Schichten über das Versagen von SP und KP zurückzuführen. (Ein ähnliches Phänomen konnte in den 70er Jahren mit dem Anwachsen der „Na-

tional Front“ in Großbritannien unter dem rechten Labour-Regierung Callaghan beobachtet werden.)

„Öffnung zur Mitte“

Mitterrand und die SP-Rechte zogen die traurige Konsequenz, nicht mehr alleine regieren zu wollen, sondern die „Öffnung zur Mitte“ anzustreben. Was aber kann aus einer Koalitionsregierung mit Bürgerlichen herauskommen? Sicher keine konservative Politik im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Das Beispiel der sozialliberalen Koalition mit ihrer Sparpolitik unter Schmidt, die letztlich auch zum Sieg der Kohlregierung führte, sollte ein abschreckendes Beispiel sein.

Im Grunde ist es ein Armutszeugnis für die eigene politische Kompetenz, wenn man einer Zusammenarbeit mit Bürgerlichen mehr zuträut, als einer eigenen absoluten Mehrheit. Mit einer solchen Wahlausage und fast keinen konkreten Versprechen und Vorhaben ließ sich natürlich auch kein glanzvoller Sieg erringen.

Auch die bürgerliche Presse bemerkte: „Während der Präsidentschaftswahlen und der ersten Runde der Parlamentswahlen machte Mitterrand klar, daß er eine Bestätigung der Wähler für eine breite Mitte-Links-Regierung suchte, keinen überwältigenden Sieg für die Sozialistische Partei und ihre Politik.“ (Financial Times, 14.6.88) Erst nach den relativ schwachen Ergebnissen des ersten Durchgangs bei den Parlamentswahlen gab es eine Verschärfung der SP-Wahlkampfleitung gegenüber den Bürgerlichen. Doch dies kam zu spät und war zu widersprüchlich.

Schwacher Wahlkampf

Vor dem Hintergrund dieses Wahlkampfes ist es überhaupt erstaunlich, wie gut das Ergebnis für Mitterrand und die SP doch noch ausfiel. Das bürgerliche Regierung loszuwerden und einen entscheidenden Einfluß Le Pens in der französischen Politik zu verhindern – trotz wenig attraktiver

Opposition. Allerdings äußert sich die Skepsis vieler in der mit 34% höchsten Wahlenthaltungsquote der Nachkriegszeit.

Dies sollte die Sozialisten alarmieren. Wenn die SP-Führung ihren jetzt eingeschlagenen Kurs fortsetzt, sind erneute Niederlagen vorprogrammiert, ebenso wie erneute kleinere Zustöße zur „Front National“, die vorläufig mit einer Ausnahme alle Parlamentsitze verlor.

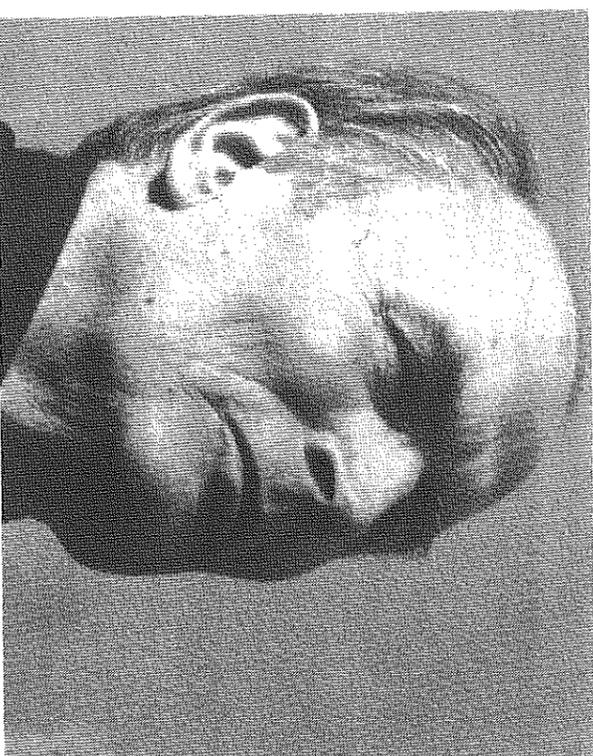
Instabilität

Eine Mitte-Links-Koalition wird äußerst instabil sein, insbesondere in Anbetracht der bevorstehenden nächsten Weltwirtschafts-Rezession. Das Kapital wird drastische Sparmaßnahmen und Angriffe auf die Arbeiter und Jugend verlangen, deren Umsetzung durch eine solche Koalition schnell geschehen. Wähler und Anhänger der SP gegen die Partei aufbringen wird.

Auch die KP könnte unter solchen Umständen wieder dazugewinnen. Sie ist keineswegs „historisch erledigt“, sondern hat eine lange Tradition und mit der CGT (Kommunistische Gewerkschaft) tiefe Wurzeln in der französischen Arbeiterklasse, von wo aus eine Erneuerung möglich ist.

Eine Mitte-Links-Koalition ist durch nichts zu rechtfertigen: weder politisch, noch durch die Zusammensetzung des Parlaments, denn SP und KP zusammen verfügen über eine Mehrheit. Wird sie nicht genutzt, so wird es in beiden Parteien zu großen Gärungen und vor allem in der SP zur Herausbildung erneuter linker Flügel kommen. Aber es darf keine Neuauf-lage der ersten SP/KP-Regierungspolitik geben. Sie muß diesmal ein konsistent sozialistisches Programm, d.h. umfassende Reformen und die entschädigungslose Verstaatlichung aller großen Konzerne und Monopole sowie demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung, anpacken. Die Umsetzung eines solchen Programms ist nicht nur per Parlamentsbeschluß möglich, sie erfordert die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend, Gewerkschaften, SP und KP sind zusammen die potentiell stärkste Kraft in der Gesellschaft, die bei klarem Programm und marxistischer Führung eine sozialistische Umwälzung einleiten können.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Der „Sozialist“ Mitterrand von 1981 wandelte sich zum „Präsidenten aller Franzosen“. Start absoluter Mehrheit für die Sozialisten wollte er die „Koalition der Mitte“.



Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Leserbrief zu einem Artikel in der "Frankfurter Rundschau" vom 28.5.88, Überschrift: "Planer der Kriegsmarine will den Zivildienst anders gestalten."

Ausgangspunkt des Artikels: "Der Zivildienst, den Kriegsdienstverweigerer leisten, sollte auf die Eryordnisse der sanitätsdienstlichen Versorgung im Kriegsfall umgestellt und in Laufzeit und Ausbildung dem Militärdienst gleichgestellt werden; es sollte den ZDL (Zivildienstleistenden) für alle Ärzte und das medizinische Assistenzpersonal sollte eine Dienstverpflichtung im Kriegsfall eingeführt werden. Diese Vorstellungen hat der Oberfeldarzt der Reserve Reinhold Schulze, Chefarzt in Siegen, in der 'Wehrmedizinischen Monatsschrift' unter dem Titel 'Modell eines koordinierten Sanitätsdienstes für die Bundesrepublik Deutschland' entwickelt."

Liebe Genossinnen und Genossen!

Schon dieser totale Gegensatz in der Überschrift ist ein Witz! Was geht einem Chefarzt, der mit der Bundeswehr in Verbindung steht, der Zivildienst bzw. der Zivilschutz an? Außerdem regt er sich auf, daß nach 40 Jahren Frieden selbst hochqualifizierte Fach-

leute von der "Kriegs"chirurgie keine Ahnung hätten! Dieser Vorschlag wird auch noch vom Bonner Verteidigungsministerium gelobt - Also doch doch froh sein, daß es seit über 40 Jahren keinen Krieg mehr in Deutschland gegeben hat! (...)

Außerdem ist man als Arzt laut Hippokratischem Eid dazu verpflichtet, Menschenleben zu erhalten, und nicht, es zu vernichten. Das bedeutet, daß in diesem Fall nicht nur den Kriegsdienstverweigerern das Messer voll ins Kreuz gerammt wird, sondern sämtliche Leute, die ihren Beruf im Gesundheitswesen als Berufung ansehen, einen Schlag ins Gesicht kriegen. Es sind somit gleich zwei riesige Gruppen, die verspottet werden.

Das sollen wir uns nicht bieten lassen. Wie wäre es mit einem Artikel aus Bundesverteidigungsministerium - samt vielen Unterschriften -, damit solche Kriegsspielen endlich mal aufhören und endlich mehr für den Frieden und für Verbesserungen im Gesundheitswesen - es liegt noch einiges im Argen - getan wird. Wer von Euch Book hat, sich mit mir in Verbindung zu setzen ...

Meine Adresse lautet: Gerhard Birchingner, Ponsstraße 48, 5100 Aachen

ih'r da oben ...

Paradies auf Erden - für den Papst

Anfang Juni besuchte Past Johannes Paul II. den italienischen Sport- und Rennwagenhersteller Ferrari. Dabei drehte er vor Hunderten von Zuschauern eine Ehrenrunde in einem roten Ferrari-Cabrio vom Typ „Mondial“ (Spitzengeschwindigkeit: 250 km/h). Gesteuert wurde der Wagen vom Juniochef Piero Lardi Ferrari. Wenn der Papst mit diesem Auftritt dienen wollte, den Gläubigen oder dem Konzernchef Ferrari, blieb unklar.

Fest steht allerdings: Die meisten frommen Leute sind so arm, daß sie



sich nicht mal die Fußmatten für den roten Flitzer leisten können. Die wirklich reichen Leute brauchen nicht die Unterstützung des Papstes für das Paradies im Himmel, weil es sich für sie bereits auf Erden ganz angenehm leben und „fahren“ läßt.

Interessen

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat rechtskräftig entschieden: Jungen Asylbewerbern ist eine vorübergehende Unterbringung auf sechs Quadratmetern Wohnfläche in einem Heim zuzunehmen. Dies verstoße nicht gegen die Menschenwürde. In dem behandelten Fall mußten sich sechs Asylbewerber ein 35 Quadratmeter großes Zimmer teilen. In der Begründung hieß es: Durch die Gemeinschaftsunterbringung solle Asylbewerbern verdeutlicht werden, daß sie durch den Asylantrag kein



unbeschränktes, sondern nur ein vorläufiges Aufenthaltsrecht erworben hätten.

Die bundesdeutsche Justiz wollte wohl besonders eines deutlich machen: Die christlich-demokratisch-liberale Bundesregierung hat zwar ein Interesse daran, Regimen wie z.B. der Türkei Militär- und Wirtschaftshilfe zu geben, damit sich bundesdeutsche Konzerne nicht zuletzt mit Waffengeschäften eine goldene Nase verdienen können. Sie hat aber kein Interesse daran, diejenigen, die dann vor Krieg, Folter und Mord aus ihren Heimatländern fliehen müssen, wie Menschen zu behandeln.

... wir hier unten

Kampffonds Jugend für Sozialismus

Allenthalben liest man neuerdings, die Jugend sei politisch desinteressiert und wolle mit den Jusos nichts zu tun haben. So Spiegel 24./88: „Die Jugend zeigt den Jusos die kalte Schulter.“ Auf dem Pfingstcamp der Jusos im Salzgitter waren 1100 Jugendliche im Durchschnittsalter von 20 Jahren anwesend. Und daß sie alles andere als politisch gleichgültig waren, zeigt der politische Absatz - gerade politischen Materials -, der von Voran-Anhängern erzielt wurde. Eine in Bremerhaven hergestellte Broschüre zu Palästina brachte einen Gewinn für den Voran-Kampffonds in Höhe von 127,- DM; Göttinger Voran-Unterstützer verkauften politische Porträts (z.B. von Rosa Luxemburg) für insgesamt 66,- DM und Kassel Genossen verkauften marxistische Bücher mit einem Gewinn von ca. 200,- DM. Vielen Dank auch an die Genossen Ulrich Beier und Eric Neff aus Frankfurt, die 50,- bzw. 65,- DM spendeten.

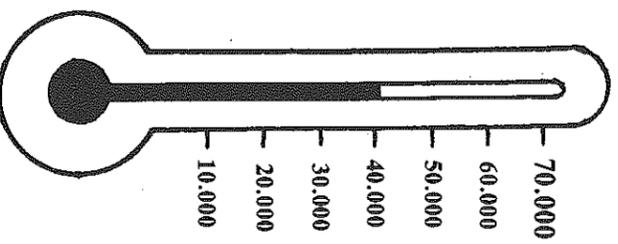
Auch auf dem DGB-Bundesjugendtreffen in Köln mit über 7000, zum Teil bis zu 10.000 überwiegend jungen Gewerkschaftern, kam unsere Zeitung gut an. Viele spendeten den Soli-Preis oder sogar 5,- DM.

Daß diese Jugendlichen ihr sauer verdientes Geld für unsere Zeitung hinlegen, zeigt, welche politische und finanzielle Unterstützung für eine sozialistische Zeitung wie unsere in der Arbeiterbewegung vorhanden ist. Dank diesen und anderen Spenden sammelten wir im Mai 7400,- DM. Das macht ein Gesamtergebnis für die ersten fünf Monate dieses Jahres von 41.013,96 DM.

Wir brauchen eine eigene Druckerei

Wir sammeln das Geld nicht aus purer Lust an der Sache. Gerade Jugendliche sind von der kapitalistischen Krise besonders betroffen: Schlechte Ausbildungs- und Arbeitsplätze, niedrige Löhne und teure Mieten, unbezahlbares oder sinnloses Freizeitangebot, Wohnungsnot, Alkohol, Drogen - das ist für viele die Perspektive heutzutage. Voran zeigt ihnen eine sozialistische Alternative auf.

Unser neuester Beitrag dazu ist die dritte Auflage unseres Jugendprogramms „Jugend für Sozialismus“. Sie ist moderner, ausführlicher und schöner gestaltet - aber sie drucken zu las-



Spendenkonto:
VORAN Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

sen hat 4000,- gekostet! Heißt deshalb mit, diese Rechnung zu bezahlen - aber was viel wichtiger ist, unser Ziel einer eigenen Druckerei zu erreichen, damit wir in Zukunft nicht mehr auf Fremdleistungen angewiesen sind.

Fitz Garvie
Redaktion Köln

schaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“ Ihr knüpft an die alten Klassenkampfpapieren an und überseht völlig, daß der wahre Bruch in unserer Gesellschaft eine Kluft ist zwischen männlichen und weiblichen Wertvorstellungen.

Um glaubwürdig gegen Ausbeutung aufzutreten, müßt Ihr ja wohl erst einmal Klarstellen, wie Ihr selbst es haltet mit der Ausbeutung von Müttern, Freundinnen und Ehefrauen. Welchen Wert meßt Ihr der gesellschaftlich notwendigen, aber unzähligen Familien- und Erziehungsarbeit zu? Was sind Euch weibliche Beziehungsfähigkeit, Geduld, Spontaneität und Friedenstfähigkeit an eigenem Einsatz wert?

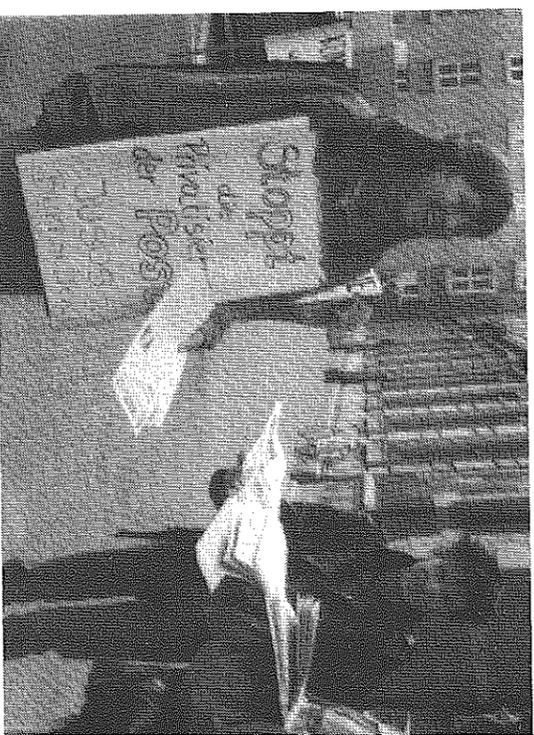
Ich meine hier und jetzt, nicht in Utopia. Jede Form von Sexismus, Werbung, Belästigung am Arbeitsplatz, Tolerierung von Gewalt, Mißhandlung von Freundinnen, Ehefrauen und Kindern läßt sich doch nicht

einfach den Kapitalisten in die Schuhe schieben. Sie wurzeln in männlicher Ausbeutungsdanken quer durch alle Schichten.

Solidarierung mit Männerziele kann nur sinnvoll sein, wenn es auch eine echte Solidarierung mit Frauenzielen gibt. In Eurer Zeitung ist noch nicht einmal die Rede davon, daß so che Frauenziele überhaupt existieren. Immerhin, einige Autorinnen haben Ihr ja. Wir wäre es, wenn Ihr sie ernstigen würdet, statt unverfängliche geschlechtsneutraler Themen auch Probleme zu thematisieren, die Männern solidarisches Verhalten abfordern?

Ich meine, es wäre an der Zeit, daß die Geduld der Frauen einfach nicht mehr die Macht der Männer sein darf und daß Männer einiges nachzuholen haben, wenn sie von Gemeinsamkeiten sprechen wollen.

Nichts für ungut, auch wenn zu Zeit mit nicht-solidarischem Grubber Ingrid Pajunk, Hamburg



Verkauf Voran-Zeitung von Arbeitern für Arbeiter

„Das ist eine gute Sache“, meinte Postarbeiter Arnd Sommer in Köln zur Voran-Schlagzeile „Zerschlagung der Post verhindern“ und kaufte ein Exemplar. Da er nur einen Zeitungsvertrag habe und „sovielo irgendwam mal 'rausfliege“, könne er auch mal 10,- DM geben, befand er und tat das dann auch.“

Die Artikel zur Post stießen gerade bei vielen Post-Kollegen auf großes Interesse. In Kassel kaufte z.B. ein Fernmelde-Lehrling 5 Exemplare, um sie unter seinen Kollegen zu verteilen. Bei einem Vorbereitungsstreifen für eine gemeinsame Veranstaltung der DPG und der Juso-AG Kassel-West zum Thema Post kauften vier Personalkräfte je ein Exemplar der Zeitung und der neuen Post-Broschüre.

Gegengewicht

Zur Unternehmerpresse

Der Grund für das Interesse ist klar: In der Unternehmer- und Regierungspresse liest man doch nur halbe Wahrheiten, wenn nicht glatte Lügen. Noch bevor Schwarz-Schilling damit 'rausrückte, daß nun doch die Gehühren

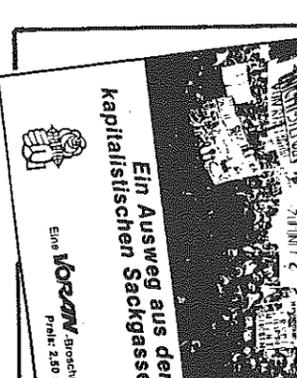
Jugend für Sozialismus

Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse

Jetzt bestellen!

Die neue Voran-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, Preis: 2,50 DM erhältlich bei der Redaktion

In unserer neuen Broschüre gehen wir auf die Hauptfrage ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen AM tagprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Und vor allem: Wir zeigen, was man tun kann!



Werften

Kampf um jeden Job!

In der Zeit von 1975-1986 hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze im Schiffbau halbiert. Aber es gibt immer noch ca. 35.000 Arbeiter, die mit ihren Familien vom Schiffbau leben. Jetzt soll der Abbau weitergehen: Mindestens 20.000 Stellen sind bedroht.

Das wäre z.B. für Bremerhaven das Ende. Eine Studie der IG Metall hat ergeben, daß in einem Bremerhaven ohne Werften 35% der Arbeitnehmer stempeln gehen müßten. Dadurch würde die Kaufkraft sinken, die Sozialhilfekosten steigen und die Kommune finanziell zusammenbrechen. Eine massive Verelendung der Küstenregion - wie sie jetzt schon in einem Teil Großbritanniens und Italiens existiert - wäre die Folge.

Dies alles ist nicht nötig. Es besteht Bedarf an Schiffen und anderen Gütern (z.B. für den Umweltschutz), die Werften herstellen. Was es in der Tat nicht gibt, ist die Möglichkeit, dabei Profit zu machen. Da der Profit jedoch im Kapitalismus die Triebfeder der Produktion ist, werden keine Schiffe oder andere Güter gebaut. Es gibt also keine „Wertekrise“, genauso wenig wie eine „Stahlkrise“. Es ist insgesamt eine Krise des Kapitalismus, die in kurzer Zeit auch in den Branchen voll zum Tragen kommen

Das Konzept für ihren Kampf. Die Erfolgslosigkeit von Protestmärschen,

Dienstleistungsabend

Hände weg vom Ladenschlußgesetz!

Die Idee kam (natürlich) von der CDU-CSU-FDP-Koalition: Neuregelung des Ladenschlußgesetzes. Künftig sollen die Einzelhändler, aber auch die Banken, Behörden und Versicherungen einmal wöchentlich längere Öffnungszeiten haben. „Dienstleistungsabende“ nennt man das. Man orientiert sich dabei an den anderen mitteleuropäischen Ländern, von denen in der BRD, nach Dänemark, am frühesten die Geschäfte geschlossen werden.

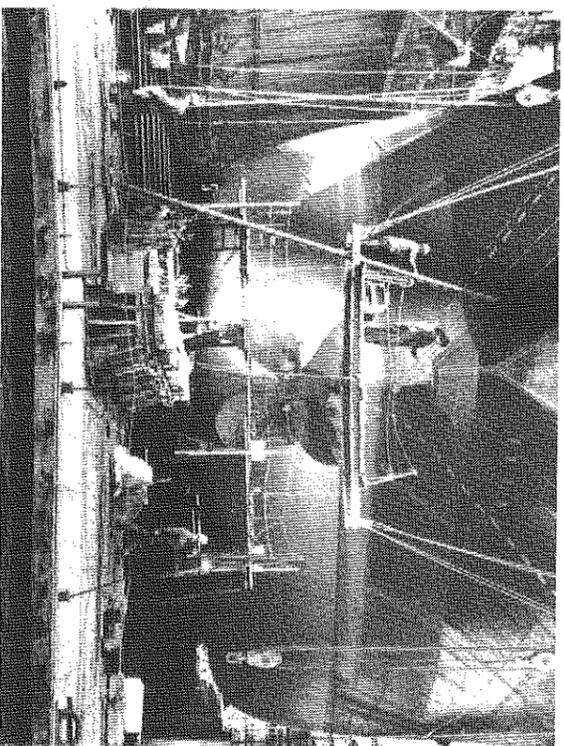
Die Idee soll den Wünschen der Arbeitnehmer entgegenkommen, die bis Ladenschluß arbeiten müssen und dem Einzelhandel die Möglichkeit geben, seine Einnahmen zu steigern. Sie zielt auch darauf ab, die Innenstädte zu beleben. Die Idee ist weder notwendig noch sinnvoll: Dem Argument, daß die Änderung arbeitnehmerfreundlich ist, weil viele bis nach Ladenschluß arbeiten müssen und keine Zeit finden, wichtige Dinge zu besorgen, muß man entgegensetzen, daß bei Arbeitszeiterkürzung durch 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dies nicht der Fall wäre.

Verbraucherfreundlich?

Die Einführung des Dienstleistungsabends jedoch wäre ein Schritt weg von der Arbeitszeiterkürzung. Sie würde für die Beschäftigten bei Handel, Banken und Versicherungen und auch für viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes mehr Belastungen und Überstunden bedeuten. Sie hätten weniger gemeinsame Freizeit mit anderen, und besonders das Familienleben würde leiden.

um die sich die Unternehmer nicht scheuen, kann auf die Dauer nur Frustration und Lähmung. Demonstrationen sind ein wichtiges Kampfmittel, mit dem man die Öffentlichkeit gewinnen kann. Aber sie reichen nicht aus, um die Arbeitsplätze zu retten!

Vor allem dürfen wir nicht jenen glauben, die uns vorgeaußen, unsere Arbeitsplätze seien sicher, wenn wir in Kauf nähmen, daß eine andere Werft



Das Werftenschlachten geht weiter. Dem müssen gemeinsame Kämpfe entgegengesetzt werden!

dichmacht. Dies gilt ebenso für die Standortpolitik, wie sie von vielen Politikern betrieben wird.

Es muß Schluß sein mit dem Ausspielen der Arbeiter verschiedener Werften bzw. Regionen gegeneinander! Wir brauchen eine Strategie, die das einheitliche, geschlossene Vorgehen aller Betriebe zum Ziel hat und sämtliche Kämpfe zusammenfaßt. Die einzelnen Betriebe, die zu Kampfmaßnahmen greifen, müssen z.B. durch Streiks oder Besetzungen anderer Werften unterstützt werden. Ohne die

Tarifverhandlungen

Textilarbeiter für Streik

Bei den jüngsten Tarifverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Textilindustrie forderte die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche, Lohnerhöhung und Arbeitszeiterkürzung im Gesamtvolumen von 5% und ein Rationalisierungsschutzabkommen. Die Unternehmer „boten“ weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Über Verlauf und Ergebnis der Tarifverhandlungen sprach VORAN mit dem Textilarbeiter Helmut Bang:

VORAN: Was war das Besondere an den diesjährigen Tarifverhandlungen und welches Ergebnis wurde erzielt?

Helmut: Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen der Einstieg in die 35-Stunden-Woche und das Rationalisierungsgabkommen. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren waren die Verhandlungen sehr zäh und die Stimmung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber lehnend. Die Arbeitszeiterkürzung strikt ab, wie üblich mit dem Hinweis auf die angeblich billige Konkurrenz aus Ländern wie Portugal. Auch die geringste Arbeitszeiterkürzung sei eine Katastrophe. Bei dem Rationalisierungsschutz waren sie vor allem dagegen, die Angestellten mit aufzunehmen. Vielleicht planen sie gerade auch in diesem Bereich Entlassungen. Die Verhandlungen wurden immer wieder unterbrochen. Wie in den vergangenen Jahren wurden Warnstreiks durchgeführt. Aber diesmal war zum ersten Mal ein offener Streik nicht ausgeschlossen. Während den Verhandlungen wurden Kundgebungen durchgeführt und am Schluß auch eine Urabstimmung.

Doch kurz nach der Urabstimmung, in der sich die Kollegen mit

wieder eine berufliche Perspektive. Doch diese Maßnahmen werden an den erbitterten Widerstand des Kapitals stoßen. Um die Forderungen durchzusetzen, müssen wir ihnen die Macht nehmen - durch die Verstaatlichung der gesamten Schiffbauintdustrie. Wenn den Arbeitern die Betriebe gehören, können sie die Politiken machen, die in ihrem Interesse und nicht in dem des Kapitals ist.

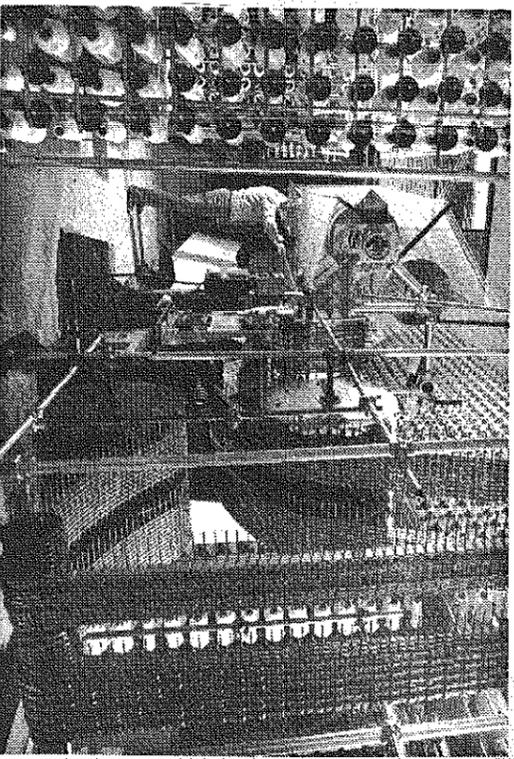
Aber allein die Verstaatlichung bedeutet, daß der bürgerliche Staat die Rolle der Unternehmer übernimmt (wie es teilweise schon geschehen ist) sich den vom Kapital geschaffenen „Sachzwängen“ unterwirft und nunter weiter „gesundschrumpten“ läßt. Die Betriebe müssen von den Arbeitern selbst kontrolliert werden. Sie müssen aus ihren Reihen Vertreter wählen, die bundesweit zusammengefaßt werden. Ein Kontroll- und Planungsgremium könnte aus drei gleichberechtigten Teilen zusammengesetzt sein:

- ein Drittel Vertreter der Belegschaft, um die Interessen der betroffenen Arbeiter zu vertreten und die Leistungsfähigkeit des Betriebes zu bestimmen;
- ein Drittel Vertreter der Gewerkschaften, die einen Überblick über die Interessen und Leistungsmöglichkeiten anderer Betriebe haben;
- ein Drittel Vertreter des Staates, die wissen, was benötigt wird.

Diese gewählten Vertreter sollen aber den Kontakt mit der Basis nicht verlieren. Nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Funktionäre!

Einsichtig ist, daß sich solch ein Programm nicht durch Überreden der Bosse und der CDU-Regierung durchsetzen läßt. Es muß gegen Kohl und Kapital erkämpft werden. Dafür brauchen wir jetzt den Kampf in den Betrieben und auch den Kampf innerhalb der SPD, damit diese sich endlich wieder auf ihre eigentliche Aufgaben, nämlich die Vertretung der Interessen der Arbeiter, besinnt und so konsistente Politik für die arbeitende Bevölkerung macht.

**Gunnar Böiles, Bremerhaven
Jungsozialist**



Arbeit in der Textilindustrie bedeutet: schlechte

handlungsergebnis bekanntgegeben: 3,6% mehr Lohn rückwirkend zum 1. Mai 1988, eine Stunde Arbeitszeiterkürzung und 1,2% Lohnerhöhung ab 1. Mai 1989 und ab dem 1. Mai 1990 eine weitere halbe Stunde Arbeitszeiterkürzung plus 2% Lohnerhöhung. Das Rationalisierungsgabkommen tritt am 1. Mai 1989 in Kraft.

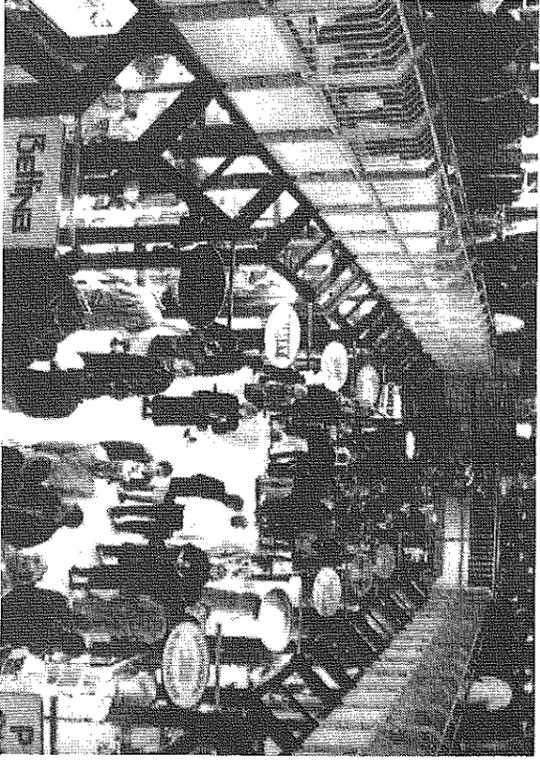
V.: Wie beurteilst Du dieses Ergebnis?

H.: Die Stimmung ist so, daß viele sehr unzufrieden mit dem Ergebnis sind. Zum einen, weil wir schon dieses Jahr mit einer Stunde Arbeitszeiterkürzung gerechnet hatten, zum anderen, weil die Lohnerhöhung ziemlich gering ist. Ich z.B. bekomme nur 40 Pfennig mehr die Stunde. Außerdem ist die 35-Stunden-Woche nicht ein-

schaft vorhersagen könnte, würden die Lohnerhöhungen für drei Jahre festgelegt. Die Inflation könnte schnell wieder auf über sechs Prozent steigen, wie zuletzt 1980.

Meiner Meinung nach wäre mehr drin gewesen. Das zeigt die Urabstimmung: Bei mir im Betrieb stimmten von 307 Kollegen 306 für Streik - bei einer Enthaltung. Ähnlich hoch waren die Ergebnisse in anderen Betrieben. In Süddeutschland, wo die Tarifverhandlungen noch lauten, haben sich über 95% bei Urabstimmungen für Streik ausgesprochen.

Die Gewerkschaftsführung hatte uns empfohlen, das Verhandlungsergebnis anzunehmen. Viele Kollegen sind wütend und frustriert zugleich. Daß bei unseren niedrigen Löhnen



VORAN

Verschuldung und Wohnungsnot Frankfurt muß Wieder rot werden!

Am 2. Juli feierte die SPD in der Innenstadt der Mainmetropole: Genossinnen und Genossen aus der gesamten Bundesrepublik begingen den Geburtstag ihrer Partei. Fast die gesamte Partei-Prominenz war anwesend, bekannte Künstler wie Mikis Theodorakis traten auf. Auf dem „Frankfurter Straßen- und Volksfest“ stellte sich die SPD selbst dar. Die Publizität der Feier soll ihr auch bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr zugute kommen, denn die Stadt wird seit nunmehr elf Jahren von der Union regiert.

Frankfurt, das bis dahin bei allen freien Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg von der SPD regiert wurde, verlor 1977 bei den Kommunalwahlen gegen die CDU. Walter Wallmann zog mit der absoluten Mehrheit als neuer Oberbürgermeister ins Stadtparlament ein. Seine kostspieligen Projekte - wie etwa Wiederaufbau der historischen Römerbergzeile und der Alten Oper - haben die Stadt hoch verschuldet. Sein Nachfolger im Amt, Wolfgang Brück, der für den selbst ernannten „Frankfurt-Mann“ einsprang, als dieser zu höheren Ämtern berufen wurde, setzt diese Politik fort.

Kürzungen

Die CDU macht eine Kampagne für ein „sauberes Frankfurt“: Im Bahnhofsviertel sollen alle Bordelle geschlossen werden. Doch stattdessen sollen keine Wohnräume entstehen, sondern Platz für Büros geschaffen werden. Dabei ist die Wohnungssituation in Frankfurt neben Stuttgart und München am schlechtesten in der Bundesrepublik.

Fortsetzung von Seite 1

Umweltverschmutzer enteignen!

Nun sehen alle, daß Maßnahmen bis 1995 zu spät kommen und daß bereits früher über Gesetze Umweltauflagen durchgesetzt werden müßten. Doch kaum waren diese Gedanken öffentlich angesprochen, reagierte Kronos Titan, Leverkusen, prompt mit der Drohung, dann ihre Produktion zu verlegen, so „leid“ es ihnen auch um die damit verlorengegangenen Arbeitsplätze tut. D.h., die 234.000 Tonnen Dünnsäure, die von dem Werk jedes Jahr in der Nordsee verklappt werden dürfen, würden auch weiterhin abgelassen.

Das zeigt, wie zynisch das Kapital mit unseren Lebensgrundlagen umgeht. Solange das private Profitstreben ausschlaggebend bleibt, wird immer wieder die Keule des drohenden Arbeitsplatzverlustes geschwungen, um Kritiker mundtot zu machen.

Doch wir können uns keine weiteren Verzögerungen mehr leisten. Dazu sollten SPD und Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen für folgende Sofortmaßnahmen mobilisieren:

- Überführung aller Firmen, die mit der Beseitigung von Abfallstoffen und Entsorgung betraht sind, in öffentliches Eigentum bei demokratischer Art-

Der Magistrat nahm auch drastische Kürzungen im Jugend-Etat vor. So steht beispielsweise der Stadtschulerrat ohne finanzielle Unterstützung da. Der Union ist es lieber, wenn sich Jugendliche in ihrer Freizeit un-kritisch beschäftigen. Die Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen in der Stadt dienen vor allem dazu, den Jugendlichen möglichst viel Geld aus der Nase zu ziehen. Das Wallmann-Projekt Reibstock-Schwimmbad mit seinen überbeauteten Preisen ist nur die Spitze des Eisbergs.

Auch die Kulturpolitik in Frankfurt ist kein Ruheblatt: Kunst und Kultur sind vor allem für eine elitäre Oberschicht konzipiert. Nicht jeder Arbeiter oder Schüler kann den hohen Eintritt bei Konzerten in der Alten Oper oder bei Ausstellungen in den Museen der Stadt bezahlen. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit in Frankfurt mit 9% sehr hoch - sie entspricht dem Bundesdurchschnitt.

Die Verkehrsplanung läßt ebenfalls zu wünschen übrig: Der Frankfurter Verkehrsverbund ist zu teuer. Die

betriebskontrolle und -verwaltung.

- Allgemeine Abkehr von gesundheits- und umweltgefährdenden Stoffen und Produktionsverfahren. Einsatz von Wissenschaftlern, Technikern und sonstigen Experten zur Erforschung neuer gesunder Produktions- und Entsorgungsverfahren.

- Weg von der chemisierten, von den Großkonzernen erzwungenen Lebensmittelproduktion. Direkte Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Landwirten mit dem Ziel: Regenerierung der Böden, Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts, Entwicklung von gesünderen, biologischen Anbaumethoden.

- Scharfe Umweltsetze. Kontrolle von Produktion, Abfällen, Einhaltung der Umweltschutzbestimmung durch Belegschaften und DGB-Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen.

- Verstaatlichung der Chemie- und Nahrungsmittel-Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

Andrea Busch, Aachen
Jungsozialistin und Mitglied im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Fehlplanungen bei den Straßenbahnliesen haben Millionen verschlungen. Zudem werden die Zugverbindungen immer schlechter. Eizüge fahren immer seltener. Sogar die Verbindung zur Landeshauptstadt Wiesbaden ist fühl, denn viel zu wenig Züge fahren dorthin.

10.000 suchen Wohnung

Wie bereits erwähnt ist die Wohnungssituation in Frankfurt problematisch. Schätzungsweise 10.000 Menschen suchen beim Wohnungsamt eine Unterkunft. Doch anstatt mehr Wohnräume zu schaffen baut die Stadt millionenschwere Objekte wie etwa den neuen Messeturm. Und dies bei einer hohen Verschuldung der Mainmetropole - sie weist eine höhere Pro-Kopfverschuldung auf als Ruhrgebietsstädte.

Gegen die Politik der CDU muß die SPD angethen. Sie muß wieder die

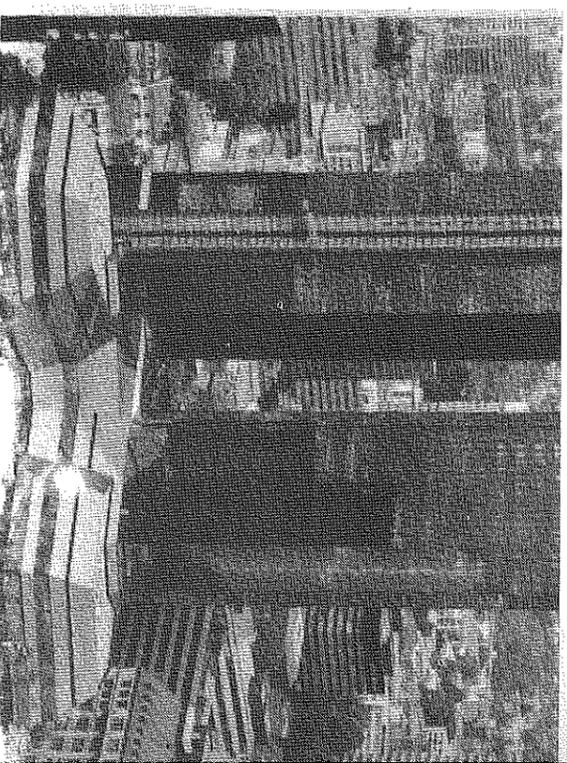
Unzufriedenheit bei ÖTV-Kongreß Mitgliederzuwachs in Kampfkraft umsetzen

Mit einem Stand von 1.213.512 Mitgliedern zum Jahresanfang hat die Gewerkschaft ÖTV einen neuen Nachkriegsrekord erreicht. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht den Mitgliederzuwachs im Rahmen der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst im Februar/März diesen Jahres. Besonders stark war der Zuwachs im Bereich „Gesundheitswesen und Kirchen“ mit einem Plus von 20 Prozent.

Als zweitgrößte DGB-Gewerkschaft hat nun auch die ÖTV in ihrem Bereich eine Arbeitszeitverkürzung erreicht und somit die 40-Stunden-Woche durchbrochen.

Allerdings kam beim ÖTV-Kongreß in der Diskussion über den Reichenschaftsbericht Kritik am Tarifabschluß auf. Kampfkraft, so manche Delegierte, wäre genug vorhanden gewesen, um mehr zu erreichen. Und außerdem wurde darauf hingewiesen, daß die lange Laufzeit mit niedrigen

Tarifhöhungen Lohnverzicht mit sich bringen könne. Daß selbst bescheidene Zugeständnisse nicht absolut sicher sind zeigt im übrigen der Konflikt um die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung. Denn Minister Zimmermann will, daß künftig die Arbeitszeit erst am Arbeits-



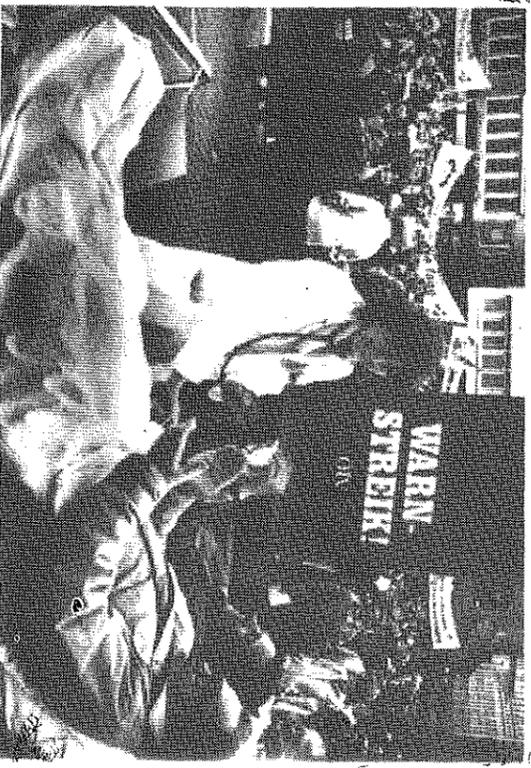
Großkonzerne, Banken und Versicherungen beherrschen mit ihren Repräsentationsbauten das Stadtbild. Bezahlbare Wohnräume aber fehlen.

Mehrheit im Stadtparlament erhalten, und Frankfurt muß wieder rot werden. Wir müssen in der Partei für die Durchsetzung klarer Forderungen mobil machen:

- Abschaffung der Wohnraumvermittlung durch private Makler, wie es schon der Bundestag der SPD 1973 gefordert hat. Es muß eine kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung geben.
- Entregnung leerstehender Häuser und ein Stopp der Zweckenfremdung von Gebäuden.
- Die 35-Stunden-Woche zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Mehr Stadtbegrünung, wodurch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen würden.

- Außerbetriebliche Ausbildungsstellen.
- Verbesserung der Jugendpolitik Jugendhäuser und Einrichtungen wie etwa der Stadtschulerrat brauchen eine solide finanzielle Unterstützung.
- Kultur für jeden, gerade für Arbeiter und Jugendliche, nicht nur für ein privilegiertes Minderheit.
- Kommunales Wahlrecht für Ausländer.
- Nulltarif im Nahverkehr.
- Zusammen mit anderen sozialdemokratisch regierten Städten muß ein rotes Frankfurt schließlich gegen die hohe Steuer-Verschuldung des Bundes angehen.

Ralf Neff, Andreas Reinhard und Eric Schöndorff
Jungsozialisten aus Frankfurt



Die zahlreichen Warnstreiks im Frühjahr haben gezeigt, daß Kampfkraft vorhanden ist.

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 250059-430

Ich möchte

unterstützen und bitte
um weitere Informationen



Name
Anschrift

Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504